

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchbindungen der „Volkswacht“, Neus Graupenstraße Nr. 5 und Neus Tolgenstraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzgl. Supplungsgebühren 2,40 Rml.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Hochzeits-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das je 10 bis 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Poststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

Der Stahlhelm als Göldner des Großkapitals

Offensive gegen die Weimarer Verfassung im Dienste Hugenbergs

Berlin, 25. September. (Eigener Bericht.) In seinem Buch „Gegen getarnte Gewalten“ schreibt Arthur Waran, der Führer des Jungdeutschen Ordens: „Das organisierte Großkapital schuf einen ungeheuren Beamtenapparat, der mit starken Geldmitteln ausgerüstet und über die Bünde hinweg die Organisation der jungen Mannschaft vornehmen sollte. Bald gelang es den wirtschaftlichen Organisationen, auch die militärischen Stellen der Bünde in die Hand zu nehmen. Nur sie waren in der Lage, die Geldmittel für die Bewaffnung und die Pflege der Waffen aufzubringen. Nur sie waren in der Lage, die Gehälter für die zahllosen militärischen Dienststellen zu bezahlen.“

Hieran muß gedacht werden, wenn jetzt der Stahlhelm gerüstvoll zur Offensive gegen Republik und Verfassung schreitet. Der Stahlhelm hat längst aufgehört, irgend eine selbständige Bewegung zu sein. Er ist die Göldnergruppe des Großkapitals, wer wird kommandiert und geführt geleitet von Hugenberg und Genossen. Deshalb ist die aufwändige Radikalisierung und die verstärkte Aktivität, die wir seit Wochen im Stahlhelm beobachten, nur zu erklären als ein Teilausschnitt des Hugenbergschen Planes, an Stelle der heutigen Deutschnationalen Partei eine radikal-monarchistische, antisoziale Rechtspartei unter schwerindustriellem Diktat zu legen. Was also Hugenbergs Kampf gegen Lambsch, was seine Hinausdrängung sozialistischer Elemente aus der Deutschnationalen Partei negativ bedeutet, dazu stellte die Aufpuffung und Aufpumpung des Stahlhelms die positive Ergänzung dar. Nach vor einem Jahre hatte der Stahlhelm die Parole ausgegeben: „Sine in der Staat!“ Das war freilich zu einer Zeit, als noch vier deutschnationale Reichsminister in der Regierung saßen. Heute bläst der Wind aus der entgegengesetzten Ecke. Heute heißt es in der Hugenbergschen Parole: „Wir haben mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen.“

Es scheint, daß der Hauptteil der Deutschnationalen die gleiche Schwelung vorzunehmen gewillt ist. Dafür war die Stahlhelmversammlung ein Beweis, die am Montag in der „Neuen Welt“ zu Berlin stattfand. An sich wäre die Versammlung eine rein interne Angelegenheit des Stahlhelms, ein Paradeaufmarsch unter Ausschluß aller anders gesinnten Elemente gewesen. Aber das als Hauptredner in dieser Versammlung der anerkannte Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, sprach, das gab dieser Versammlung die besondere Note und politische Bedeutung.

Hugenbergs „Local-Anzeiger“ (also das Blatt des geistigen Inspirators) stellt mit Vergnügen fest, daß Graf Westarp in dieser Versammlung nur Zustimmung und keinen einzigen gegnerischen Zwischenruf gefunden habe. Das bedeutet, daß der Graf auch nicht mit einem einzigen Satz seiner Rede aus seiner rein demagogischen Sphäre herausgetreten ist, daß er es nicht gewagt hat, sich auch nur durch eine einzige, wirklich politische Anmerkung zu der rein gefühlsmäßigen Einstellung der Stahlhelmjünger in Widerspruch zu setzen. Es bedeutet

die Kapitulation des Politikers vor der Demagogie. Graf Westarp verkündete triumphierend Bankrott und Ende der Locarno-Politik, ohne aber auch nur mit einem Worte anzudeuten, daß die Locarno-Politik zwei Jahre lang nur durch die Unterstützung seiner eigenen Partei von der Reichsregierung getrieben werden konnte und möglich war. In der Versammlung hat ihm das natürlich niemand gesagt. Hier begnügte man sich mit der Freude über den „reinen Sünder“.

Was sonst in der Versammlung gesprochen wurde, war die Begleitmusik zu dem vom Stahlhelm pompös angekündigten Volkstentwurf über die Weimarer Verfassung. Es ist ja nun einmal das Kennzeichen aller in Deutschland lebenden Diktaturanhänger — mögen sie rechts oder links stehen — daß sie für das demokratische Mittel des Volkstentwurfs eine geradezu schwärmerische Begeisterung aufbringen. Vom Stahlhelm könnte man frei nach Goethes Faust sagen: „Ein Stahlhelmmann mag seine Demokraten leiden, doch seine Mittel braucht er gern.“

Mit dem Volkstentwurf gegen die Weimarer Verfassung will der Stahlhelm keine Offensive gegen die Republik endlich aus Worten in die Tat umsetzen. Es ist außerordentlich charakteristisch, daß aus der Stahlhelm in seiner Verfassung bestimmt, wogegen er kämpft, aber nicht wofür er kämpft. Gegen die Republik! Gegen die Weimarer Verfassung! Diese Parole hält der Stahlhelm für ausreichend. Was aber an deren Stelle gesagt werden soll, das wird uns weder in der Stahlhelmhochzeit gesagt, noch wurde es am Montag in der Berliner Versammlung von den zahlreichen Rednern, die dort auftraten, verkündet. Der Grund ist naheliegend: Der Stahlhelm weiß es nämlich selber nicht. Sollte die positive Seite des Problems angegriffen werden, geraten seine eigenen Anhänger und Mitläufer in die allergroße Uneinigkeit. Die legitimistische Monarchie ist leicht für die meisten Monarchisten indiskutabel geworden, für die Wahlmonarchie fehlt es an einem geeigneten prägnanten Kandidaten, und mit der Diktatur (der Vorstufe der Monarchie) verhält es sich nicht anders. So begnügen sich die Stahlhelmführer mit der Erklärung, daß „am Ende“ des Stahlhelmlampfes die Wiedererrichtung der Monarchie in Deutschland stehen müsse. Was aber an Anfang und was dazwischen stehen muß, davon haben sie selber keine Vorstellung.

Immerhin darf diese offizielle Ziel- und Ratlosigkeit nicht über die ungeheure Stärke des Hasses hinwegtäuschen, der im Stahlhelm unter geschickter Regie der Hugenbergschen Presse gegen Republik und Demokratie herangezogen worden ist. Nicht nur in der Hugenbergschen, auch in der Berliner Versammlung tobte dieser Haß sich beinahe ziellos aus. So erklärte der Oberst von Strunsee: „Alle seien sich einig darin, daß man jetzt zu Taten schreiten müsse und das angezündete Feuer nicht ausgehen dürfe. Mit erhobener Stimme: „Wir alle werden dabei mitmachen und den Kampf aufnehmen gegen das Staatsystem von heute.“ Es war rein taktische Vorsicht, wenn der Redner zu dieser Fankare noch den ängstlichen Zusatz machte: „Selbstverständlich mit legalen Mitteln.“ Das wird gesagt, um sich nach außen hin den Rücken zu decken, geglaubt wird es von Niemandem, am allerwenigsten von den Versammelten, für deren Ohren es bestimmt ist. Die „legalen Mittel“ werden eingeschoben aus Rücksicht gegen die zahlreichen Beamten, die innerhalb und außerhalb ihrer Amtszeit das Stahlhelmabzeichen tragen. Man will der Republik kein Mittel geben, diese Anhänger eines Verbandes, der offensichtlich immer mehr in das hochverräterische und putschistische Fahrwasser abgleitet, dorthin zu expedieren, wohin sie gehören. Es fragt sich aber, ob die Republik auf solche scheinheiligen Zusätze, die mit der ganzen Tonart und dem ganzen Sinn des Abtrübnen in offensichtlichem Widerspruch stehen, hineinfallen, ob sie irgendwelche Rücksicht darauf nehmen soll. Wir raten den republikanischen Ministern, die Augen offen zu halten gegenüber den Anhängern der Haß- und Kampfpredigten, die wir jetzt vom Stahlhelm gehört haben.

Darüber hinaus wird es Aufgabe aller Republikaner sein, der erhöhten Aktivität des Stahlhelms mit verdoppelter und verdreifachter Wachsamkeit ihrerseits zu begegnen. Je mehr die Kommunisten mit allen Künsten der Demagogie versuchen, die Linke zu spalten und die Arbeiter-schaft durcheinander zu hehen, desto stärker ist es unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Reaktion sich rüftet und zum offenen Kampfe ansetzt.

Amerika lehnt das Marineabkommen ab

Offizielle Antwort der amerikanischen Regierung an England und Frankreich

Paris, 27. September. (Eigener Junbericht.)

Die amerikanische Regierung hat am Mittwoch auf das englisch-französische Marine-Abkommen geantwortet. Sie hat dabei in London und Paris zwei verschiedene Noten übergeben lassen, und der „Petit Parisien“ erklärt, London gegenüber bediene sie sich anderer Argumente als Paris gegenüber. Beide Noten aber enthalten eine prinzipielle Ablehnung des Marine-Abkommens in seiner Gesamtheit wie in seinen Einzelheiten. Die beiden Noten sollen voraussichtlich heute veröffentlicht werden.

Bruch der Volkspartei mit dem Stahlhelm?

In der Deutschen Volkspartei tut man empört! Der Haßgesang des Stahlhelms und die offene Verbrüderung dieses Bundes mit der Deutschnationalen Volkspartei scheint leicht bei Herrn Scholz die Auffassung hervorgerufen zu haben, daß die neuesten Ohrfeigen nicht ohne Widerspruch hingenommen werden können. Man geht lieber freiwillig, als daß man sich hinauswerfen läßt. Der parteiamtliche Pressedienst der Volkspartei kündigt deshalb den bevorstehenden Bruch mit dem Stahlhelm an, und der „Jungdeutsche“ fügt hinzu, daß Besprechungen über den Austritt der volksparteilichen Mitglieder bereits stattgefunden haben.

Warten wir ab!

Ein Erfolg der Leipziger SPD.

Wahl eines Sozialdemokraten zum dritten Bürgermeister

Leipzig, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch mit dem Stimmern der Sozialdemokraten und Kommunisten den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Schulze-Leipzig mit 39 Stimmen zum dritten Bürgermeister. Die Kommunisten verzichteten in der Stichwahl auf ihren Kandidaten. Der kommunistisch-sozialistischen Mehrheit im Leipziger Stadtparlament ist es bisher gelungen, einen befähigten sozialdemokratischen Stadtrat und nunmehr auch einen sozialdemokratischen Bürgermeister in den Magistrat zu delegieren.

Das neue Programm der britischen Arbeiterpartei

Von Rennie Smith, Mitglied des Unterhauses

Auf dem im Oktober stattfindenden Parteitag der englischen Arbeiterpartei steht das neue Parteiprogramm zur Debatte. Genosse Smith, der der Unabhängigen Arbeiterpartei angehört, nimmt in folgendem Artikel zu dem Programmentwurf Stellung.

Welche Rolle das Wirtschaftsprogramm, das die Liberalen vor einiger Zeit herausgegeben haben, in den nächsten Wahlen spielen wird, ist außerhalb des liberalen Parteizirkels unbekannt. Anders steht es mit dem kürzlich veröffentlichten neuen Programm der Arbeiterpartei. Es erschien in der Form einer 50seitigen Broschüre unter dem Titel „Labour and the Nation“ (Arbeiterbewegung und Staat) zu dem niedrigen Preis von 25 Pfennigen. Eine weitere Verbreitung ist ihm gesichert; es ist seit Kriegsende das wichtigste politische Traktat, das von der Partei herausgegeben wurde; wie kein anderes politisches Dokument unserer Zeit gibt es den führenden wirtschaftlichen und politischen Problemen unserer Zeit Ausdruck. „Die Arbeiterschaft und der Staat“ ist weiter eine starke Herausforderung des Konservatismus, eröffnet Aussichten auf eine Zukunft sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Gedeihens, auf Völkerverständnis und Schlichtung wirtschaftlicher und nationaler Schwierigkeiten. Es ist das Programm, um das in den nächsten Wahlen gekämpft werden wird.

Der Charakter des Arbeiterprogramms wird durch seine Entstehung bestimmt. Im Gegensatz zu dem von Spezialisten verfaßten liberalen Programm, ging das Arbeiterprogramm aus der Forderung des letztjährigen Parteitages hervor, daß ein für die nächste Arbeiterregierung bindendes Programm geschaffen werden müsse. Der Kongress wählte unter anderen die Genossen George Lansbury (Boskender), A. Henderson (Generalsekretär), Ramsay MacDonald, Herbert Morrison, Allen Wilkinson eine Gruppe von Genossen, die dem vielseitigen Charakter der Partei und den verschiedenen Richtungen weitgehend Rechnung tragen. Dieses Programmkomitee hatte jedoch nicht volle Freiheit. Es hatte nur dem diesjährigen Parteitag in Birmingham einen Programmentwurf vorzulegen, und dazu die von der Partei bereits angenommenen Resolutionen zu verwenden. Das Programm stellt also eine Kollektivarbeit der gesamten großen Arbeiterbewegung dar.

In seiner endgültigen Fassung nach dem Birminghamer Parteitag wird dieses Dokument den Willen der organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens zum Ausdruck bringen. Ihrem Geiste getreu, ist das Programm, wie Ramsay MacDonald im Vorwort sagt, nicht darauf angelegt, die Risse eines schlechten Systems auszubessern, sondern den Kapitalismus in den Sozialismus umzuwandeln.

Die Broschüre beginnt mit einer scharfen Analyse der Geschichte der jetzigen konservativen Regierung und handelt von dem Verrat an den Arbeitslosen und der organisierten Arbeiterschaft, von dem Verrat an der Industrie und den Kindern der Steuerzahler. Und die liberale Partei wird unter anderem daran erinnert, daß durch ihren Umfall die Arbeiterregierung im Jahre 1924 zurücktreten mußte, und daß durch ihre Hilfe die Konservativen in den Sattel kamen.

Das Arbeiterprogramm, das nicht weniger als 70 Gegenstände umfaßt, zerfällt in fünf Hauptteile: Wirtschaftsprogramm, Sozialprogramm, Bildungsprogramm, Steuerprogramm, internationales und Weltreichprogramm.

Es werden gefordert: Die Achtundvierzigstundenswoche, Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes, Aufhebung des Achtstundentages für die Bergarbeiter. Das bedeutet, daß die Arbeiterregierung zunächst die reaktionäre industrielle Gesetzgebung der jetzigen Regierung wieder rückgängig machen will.

Ferner wird gefordert die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung, Verbesserung der industriellen Gesetzgebung, Einsetzung einer Reichsbehörde, durch die das Problem der Arbeitslosigkeit aus einem Orts- zum Reichsproblem erhoben wird. Im Bergbau Verminderung der Arbeitszufuhr durch Entfernen der alten Arbeiter und jungen Kinder, Wirtschaftspensionen für alte Bergarbeiter auf der Basis der bisherigen Bergbauantennen, Schritte zur Reorganisation dieser Industrie durch Ueberführung in Nationaleigentum und Nationalkontrolle. Dessenföhrer Besitz des Transport-, Versicherungs- und elektrischen Kraftwesens. Verwirklichung des Agrarprogramms der Partei.

Die Bildungsfrage umfaßt sieben Punkte. Mit freudiger Hoffnung begrüßt es die neue Generation und öffnet ihr von der frühen Kindheit an bis zur Universtität weit die Tür mit folgendem Programm:

1. Schaffung eines demokratischen Bildungssystems, ausreichend finanziert, frei vom Mafel des Klassenunterschiedes, und von der Kleinkinderschule bis zur Universtität als fortlaufendes Ganzes organisiert.

Angewandter Kommunismus

Im Laufe der letzten Jahre ist mehr als ein Beweis dafür erbracht worden, daß es in Deutschland hinter den kommunistischen Aulassen oft schlimmer zugeht als in Frankreich a. M. der ehemalige kommunistische Stadtdirektor Willi Joseph, Sekretär der „Roten Hilfe“. Er wandte sich dagegen, daß falsche Mitgliederzahlen verbucht wurden, daß Ortsgruppen parteiamtlich aufgezählt wurden, die nur auf dem Papier standen und was dergleichen kommunistische Dörfer mehr sind, die auch die deutsche Kommunistenzentrale so gut zu malen versteht. Joseph kam natürlich bald unter den Schlitzen, es gab Krach und viel Stanz. Er wurde „unbrauchbar“ und fiel über Bord. Den Rest dieser Affäre zeigte dieser Tage eine Gerichtsverhandlung in Frankfurt am Main.

Joseph klagte gegen die „Rote Hilfe“ wegen Nichterhaltung der Kündigungsfreiheit und Verweigerung des Arbeitszeugnisses. Was hätten kommunistische Mitarbeiter in einem solchen Fall gegen einen bürgerlichen Arbeitgeber geschrieben?

Der neue Sekretär der „Roten Hilfe“, Mayer, suchte seine Organisation auf die erbärmlichste Art reinzuwaschen. Eine dreimonatige Kündigungsfreiheit sei nicht vereinbart worden und ein Arbeitszeugnis wäre dem Kläger ausgestellt worden. Dieses Arbeitszeugnis bestand aber aus einem Arbeitschein, in dem es heißt: „für die Arbeit ungeeignet“. Der Vertreter der „Roten Hilfe“ mußte sich deshalb vom Gerichtsvollzieher belästern lassen, daß das bürgerliche Gesetz ein Arbeitszeugnis vorschreibt und keinen Arbeitschein. Der Kläger konnte zu allem Beweis, daß selbst die Arbeitsbescheinigung mit ihrem sonderbaren Inhalt wider besseres Wissen abgegeben worden ist, denn Joseph hatte laut Abrechnung im letzten Jahr fast 2000 neue Mitglieder gewonnen und die Einnahmen beträchtlich vermehrt. Trotzdem: „für die Arbeit ungeeignet“!

Auf Grund dieser Tatsachen mußte sich der neue Sekretär und Vertreter der „Roten Hilfe“ bequemen, ein wirkliches Dienstzeugnis nachträglich zu gewähren. In bezug auf die Kündigungsfreiheit soll neues Beweismaterial vorgelegt werden. Gelingt es Joseph nicht, seinen Anspruch zeugeneidlich darzutun, dann wird er vielleicht eines Tages bei einem kapitalistischen Arbeitgeber den Unterschied zwischen Kapitalismus und angewandtem Kommunismus feststellen können. Kommunisten als Agitatoren und Kommunisten als Arbeitgeber sind eben zwei verschiedene Dinge, die nichts miteinander zu tun haben.

Die Korruption in der Hamburger SPD.

Thälmann hat die Betrügereien getannt und den Täter gestraft. Die Korruptionsaffäre in der Hamburger SPD scheint mit dem Ausschluß mehrerer Kommunisten ihren Abschluß noch nicht gefunden zu haben. Das Reichsorgan des Lenin-Bundes, das den Korruptionsherd aufdeckte, legt seinen Kampf fort und behauptet in seiner letzten Nummer, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Thälmann von den Unterschätzungen des Bezirkssekretärs Witorff gewußt und sie absichtlich verheimlicht hat. Am 23. Mai soll eine Sitzung der Thälmann-Fraktion stattgefunden haben, in der die Unterschätzungen in allen Einzelheiten besprochen worden sind und darüber beraten wurde, wie die Korruptionserscheinungen verschwiegen werden können. Es ist dabei nach dem „Volkswillen“ auch die Möglichkeit der Deduktion besprochen worden. Jedem Teilnehmer wurde strengste Schweigepflicht auferlegt. Witorff antwortete auch nach dieser Sitzung als Vorkorrupter des Bezirks. Wasserfeste weiter; er brachte es sogar fertig, in dieser Eigenschaft unbehagliche oppositionelle Elemente auszuschließen. Was dann deshalb die Anklagen gegen ihn schließlich immer lauter wurden, hat sich das Zentralkomitee der SPD in Berlin endlich bequemen müssen, eine Untersuchung einzuleiten, und die Abgeordneten Herlein und Gohlke nach Hamburg geschickt. Sie haben — wie der „Volkswillen“ versichert — geradezu einen Saufkall erregt. Thälmann hat trübend und zwar noch einen Tag vor der entscheidenden Sitzung versucht, Witorff zu retten.

Das linkskommunistische Organ schließt seine Enthüllungen mit der Frage: Was wird mit Thälmann geschehen?

Leon Blum gegen Paul Boncour

Der Führer der französischen Sozialistischen Partei, Leon Blum, veröffentlicht heute im „Populaire“ eine scharfe Kritik an der Abrüstungsrede Paul Boncours in Genf. Diese Kritik ist von besonderer Bedeutung, weil Paul Boncour von der Sozialistischen Partei bekanntlich nur unter dem Vorbehalt die Ausübung seines Völkerbundsmandates erlaubt wurde, daß er sich nicht in Widerspruch mit den Parteiprinzipien setze.

Leon Blum hat zunächst die allzu wörtliche Auffassung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Paul Boncour zu kritisieren, die die Entwaffnung Deutschlands als Vorbedingung der allgemeinen Abrüstung fordert. Das sei keine moralische, sondern eine wirklich zwingende juristische Verpflichtung für alle Unterzeichner des Versailler Vertrages. Die Sozialistische Partei habe jedenfalls diese Bestimmung immer so aufgefaßt, und wolle und werde dabei bleiben.

Weiter rügt Leon Blum, daß Paul Boncour die französische Heeresreform als Abrüstung hinstellen will und behauptet, daß Frankreich seine Rüstungsausgaben beschränkt habe. Die Heeresreform sei vielmehr durch die Erfahrungen des Weltkrieges notwendig geworden, das wisse Paul Boncour besser als jeder andere, sie entspringe aber nicht irgendeinem Wunsche nach Abrüstung. Außerdem sei es falsch, zu behaupten, daß Frankreichs Rüstungsausgaben gesunken sind. Im Gegenteil, im Verhältnis zu den zivilen und produktiven Ausgaben des Budgets seien sie ganz ungeheuerlich gestiegen. Paul Boncour habe hier also die Lüge begangen, sich der schlechten Argumente der französischen Regierung zu bedienen, die die Sozialisten nie annehmen könnten, ebenso wie sie es nie zulassen würden, daß der augenblickliche Stand der Abrüstung wirklich als das Höchstmögliche angesehen werde, was sich angesichts der jetzt erreichten Sicherheit durchführen lasse.

Weiter sei es eine würdlose Spiegelfechterei, erklärt Blum, die Abrüstungsbestimmungen zu vertagen, weil man sich über die Seeabrüstung nicht einigen konnte. Deshalb hätte man doch die Landabrüstung weiter treiben können. Der ganze Konflikt in der Abrüstungskommission, meint Blum, sei nur ein Streit mit Worten gewesen. Gerade dieser Wortstreit aber habe ein Mißtrauen geschaffen, das die sofortige Beantwortung der Frage verlangt: Sind die Regierungen wirklich noch von dem ehrlichen und entschlossenen Willen befeelt, die Abrüstung zum Ziel zu bringen?

Starkes Mißtrauen gegen Englands Außenpolitik

London, 2. September. (Eig. Drahtbericht.) Im Ruhrgebiet wird durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ neuerdings in den Vordergrund der politischen Erörterung getriebene Frage nach der Existenz eines Luftabkommens zwischen Frankreich und England verneint. Es wird berichtet, daß es zwischen England und Frankreich kein Luftabkommen und keine Verständigung in militärischen Luftfragen gibt, die nicht

der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Alle gegen-

seitigen Behauptungen sind falsch. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ weist demgegenüber darauf hin, daß diese offiziellen Dementis keineswegs geeignet seien, das bestehende Mißtrauen zu zerstören. Auch im Jahre 1908 habe es kein offizielles Abkommen und auch keine offizielle Verständigung zwischen Frankreich und England gegeben. Man wisse aber heute, daß die stattgefundenen Besprechungen, ohne zu einem formellen Abkommen oder zu einer formellen Verständigung geführt zu haben, den Grund zu einer militärischen und maritimen Zusammenarbeit in einem Maße gelegt hätten, die einer Allianz gleichgelten könnten.

Das Blatt der britischen Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, stellt fest, daß trotz aller amtlichen Vertuschungsversuche die Beziehungen zwischen England und Frankreich eine seit den Tagen der Entente cordiale vor dem Kriege nicht mehr beobachtete Intimität erreicht hätten. Nichts Gefährlicheres sei denkbar als ein solcher Zustand. Aber weder die Kritik aus Amerika, noch aus Deutschland, Rußland oder Italien übe die geringste Wirkung aus. Nichts scheint Lord Curzon und den Bland zu beunruhigen, nicht einmal die Tatsache, daß ihre Politik Mißtrauen und Schlimmeres erzeuge. Der „Daily Herald“ schließt seine Betrachtungen mit der an den Ministerpräsidenten gestellten Aufforderung, endlich die Wahrheit über die Beziehungen zu Frankreich der Öffentlichkeit zu übermitteln. Es sei Zeit, daß die Bevölkerung wisse, was „in ihrem Namen“ geschehen sei. Jede Verzögerung bedeute einen Schlag gegen den internationalen Frieden.

Schwere Bloßstellung Polens

Rigorisches Verhalten der polnischen Völkerbundsdelegierten in der oberösterreichischen Schulfrage

Genf, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat trat am Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der alle von der Vollversammlung angenommenen und den Rat betreffenden Entscheidungen erledigt wurden. Die Versammlung ging mit einem groben Mißklang aus, den das Verhalten des polnischen Vertreters zu dem letzten Punkt der Tagesordnung, einer oberösterreichischen Minderheitsbeschwerde, hervorrief.

Der Deutsche Volksbund klagt seit Monaten über die Schließung von 16 Minderheitsschulen. Diese Klage wurde an den Völkerbund geleitet, weil der Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, sich bis zum November in Urlaub befindet und die Schulen schon mit dem neuen Schuljahresanfang September hätten wieder eröffnet werden müssen. Als Richterfaktat über die Petition war der Vertreter Japans bestimmt worden. Als Berichterstatter über die Vertagung der Frage mit der an sich richtigen Begründung, daß er keine Zeit gehabt habe, die Aufklärung der polnischen Regierung zur Bescherde, die erst am 21. September in seinem Besitz gelangt ist, durchzuführen. Der ständige Vertreter Polens in Genf, Sotal, begnügte sich in einer heftigen Rede gegen den Deutschen Volksbund mit einer freudigen Zustimmung zur Vertagung. Auch Staatssekretär von Schubert erkannte an, daß die sachliche Erledigung der Frage im Augenblick schwer möglich sei, erinnerte aber gleichzeitig daran, daß die Kinder bei einer Vertagung gezwungen seien, Unterricht in den polnischen Schulen zu nehmen. Würden die deutschen Minderheitsschulen dann wieder geöffnet, so wären sie noch einmal umzukücheln, was nicht nur die ganze Erziehung der Kinder gefährdet, sondern für sie bittere und tragische Ergebnisse bedeuten würde. Der Rat solle daran denken, was es für die Kinder heiße, aus der Muttersprache herausgerissen und in eine Schule geschickt zu werden, deren Sprache und Unterrichtsgang ihnen vollkommen fremd sind. Von Schubert forderte darum, daß die Minderheitsschulen provisorisch wieder eröffnet werden und geöffnet bleiben, bis eine Entscheidung des Rats über die Angelegenheit gefällt sei. Er wies gegenüber der polnischen Behauptung, daß die Schulen seit drei Jahren fast leer seien, darauf hin, daß nach zuverlässigen Angaben alle diese Schulen mit über 40 Kindern, also mit mehr als Minimalzahl der Genfer Konvention von 1922, besetzt gewesen seien. In Deutschland gebe es Schulen der polnischen Minderheit, die nicht mehr als 5 bis 10 Kinder umfassen.

Der Pole beschwerte sich in seiner Antwort darüber, daß der Volksbund so oft den Völkerbundsrat belästige und nannte die Petition künstlich konstruiert. Da erstand Deutschland ein unerwarteter Helfer in dem Vertreter Kanadas dem Senator Dandurand, einem Angehörigen des französischen Volksteiles Kanadas. Er erklärte, mit großer Bewegung von dem deutschen Vertreter das Schicksal der armen oberösterreichischen Kinder vernommen zu haben. In Kanada errichte man separate Schulen, wenn die Eltern von zehn Kindern es wünschten. Der Deutsche habe recht, wichtiger als die juristische Entscheidung sei das Schicksal der Kinder. Es wäre unerhört und grausam, die Kinder aus ihrer gewohnten Schule herauszureißen. Mit diesen warmen Worten schloß sich der Kanadier dem deutschen Verlangen nach der Eröffnung der Schulen an, das er seinerseits als Bitte an Polen formulierte. Der Widerstand Polens war aber nicht zu brechen. In einer viertelstündigen Unterbrechung der Sitzung gelangte man schließlich zu dem Kompromiß, zwar die Angelegenheit zu vertagen, aber den Präsidenten Calonder aufzufordern, sich unermüdet mit der Angelegenheit zu beschäftigen und sich für die geregelte Weitererziehung der Kinder einzusetzen. Eine juristische Kommission, bestehend aus den Vertretern Japans und Finnlands, soll währenddessen bis zur nächsten Ratstagung die juristische Angelegenheit prüfen.

Deutschland nahm diese Entscheidung an, wie von Schubert ausführte, in der ganz bestimmten Erwartung, daß die einhellige Entscheidung mit größter Beschleunigung erfolge. Die Sitzung hätte damit, nicht befriedigend, aber auch nicht besonders verlesend für Deutschland abzuschließen können, doch ließ sich der Pole das letzte Wort nicht nehmen. Mit unglücklich höhnischer Betonung lehnte er den deutschen Anspruch, sich in die „polnischen“ Schulverhältnisse zu mischen, prinzipiell ab. Es sei Sache der Polen, was sie mit den oberösterreichischen Kindern machten!

Rußland biedert sich an das Kapital an

London, 25. September. (Eig. Draht.) Der Sowjetbotschafter in Paris hat dem Vertreter einer britischen Nachrichtenagentur ein Interview gewährt, das vermutlich den weitgehendsten Anbiederungsversuch an den westlichen Kapitalismus darstellt, der jemals von amtlicher sowjetrussischer Seite gemacht wurde. Der russische Botschafter erklärte, Sowjetrußland sei nunmehr bereit, ausländischen Kapitalisten Konzessionen im Bergbauwesen, im Kohlen- und Erzbergbau, in der landwirtschaftlichen Produktion zur Erzeugung von Düngemitteln sowie zur Förderung der Baumwoll- und Zuderproduktion zu gewähren. Er fügte hinzu, Rußland wünsche ausländisches Kapital insbesondere für Konzessionen zur Förderung von Erzen zur Erzeugung von Werkzeugen, Automobilen, künstlicher Seide und Papier heranzuziehen. Selbstverständlich müßten die russischen Gesetze die Arbeitsbedingungen bestimmen sowie bei Arbeitskampfen usw. in Anwendung treten; ferner müßten vor allem russische Arbeitskräfte eingestellt werden. Hochqualifizierte Arbeiter und Techniker des Auslandes wären in Rußland natürlich auch gern gesehen.

Der sowjetrussische Botschafter schloß seine Ausführungen mit der bedeutenden Feststellung, daß Rußland auf die von ihm geschilderte Weise wieder keinen Platz auf dem Weltmarkt einzunehmen vermöge.

Der Salzburger Juristentag

Von Dr. Ernst Eckstein-Breslau

Als Wilhelm I. gerade die Regierung in Preußen, noch als Prinzregent, übernommen hatte, im Jahre 1860, entstand die Organisation des Deutschen Juristentages, in einer Zeit also, in der die deutsche Bourgeoisie in ihrem Aufstieg gegen die herrschenden Gewalten des Feudalismus kämpfte. Der Deutsche Juristentag stand daher auch in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens — zwölfmal hat Rudolf von Gneist ihm vorgelassen — in den Gedankengängen nationalliberaler Politik. Die Freiheit des Individuums im Recht zu verwirklichen, das war sein Ziel. Er fand sich dann in den Zeiten des wilhelminischen Imperialismus mit den herrschenden Gewalten ab. Den geistigen Tiefpunkt hat er sicher in dem Augenblick erreicht, als der frühere Kammergerichtspräsident v. Saff, der erst später der Nachfolger des wegen seines Alters zurücktretenden Rahl werden soll, zum 25. Regierungsjubiläum Wilhelms II. schrieb, Wilhelm II. sei der bedeutendste Jurist seiner Tage.

Diese liberalen Traditionen eines früheren Zeitalters wirkten in der Organisation des Deutschen Juristentages heute noch nach. Man wehrt sich gegen konservative Einflüsse, man wehrt sich aber auch gegen die herausziehende Macht des Proletariats. Neue Rechtsgedanken, deren Verwirklichung die Klassenlage des Proletariats erfordert, zu verwirklichen, scheuen sich die Juristen der Bourgeoisie.

Seit einigen Jahren nehmen auch sozialistische Juristen an den Tagungen des Deutschen Juristentages teil. Sie treten nicht als Fraktion auf, aber die Tatsache ihrer Anwesenheit, die Macht der von ihnen vorgetragenen Rechtsgedanken, bestimmt jetzt weitgehend das Gesicht des Deutschen Juristentages. Nicht als ob die bürgerlichen Juristen dem, was ihnen von den Sozialdemokraten vorgeschlagen wird, zustimmen würden — sind sie doch genötigt, in jedem Augenblick die Nichtigkeit ihrer Gedankengänge zu beweisen — werden sie doch immer mehr und mehr in die Defensive gedrängt.

Der deutsche Liberalismus hat niemals Mut und Kraft besessen, seine Ideen zur Tat werden zu lassen. Die deutsche Bourgeoisie hat — das ist ihr Schicksal — niemals ihre eigene Revolution geschlagen, sondern hat ihre revolutionären Gedanken durch das Proletariat verwirklichen lassen. Was von der allgemeinen Geschichte des deutschen Bürgerturns gilt, gilt auch von seiner Rechtsgeschichte. Wenn es dem liberalen Bürgerturn bis zur Stunde nicht gelungen ist, den liberal-nationalen Gedanken des neuen Staates eine organisatorische Form zu geben, so liegt das an dem Zurückweichen der Bourgeoisie vor der Kraft und der Beharrlichkeit der konservativen Bürokratie der Länder.

Auf dem Juristentag ist das Problem der Verwirklichung der Justiz behandelt worden. Es war die Frage gestellt, ob Interessen der Rechtspflege ihre Übertragung auf das Reich notwendig machen? Die Fragestellung ist falsch. Es kommt nicht so sehr darauf an, ob Interessen der Rechtspflege ihre Übertragung notwendig machen, es kommt darauf an, ob Interessen des Staates die Übertragung erfordern.

In seiner ausgezeichneten Diskussionsrede hat der Genosse Karl Herz dargelegt, daß drei Notwendigkeiten von Staat und Recht den Übergang der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich unabwendbar fordern. Die Argumente der Sozialdemokraten haben den unter dem Eindruck der tosenden bacchanten Volksseele schwankenden Juristentag veranlaßt, die gestellte Frage zu bejahen. So ist durch die Sozialdemokraten eine liberale Forderung erfüllt worden.

Nicht in die Kompetenz des Juristentages gehörte im Grunde das zweite Thema seiner staatsrechtlichen Abteilung, die Verantwortung der Frage, ob im Interesse einer gesünderen Finanzwirtschaft eine Einschränkung der Staatsbefugnisse der Parliamente in Reich und Ländern notwendig sei. Der Juristentag hat im Anschluß an die Referate des oberösterreichischen und des preussischen Finanzministers die gestellte Frage, wenn auch mit Einschränkungen, bejaht. Diese Entscheidung obliegt aber nicht den Juristen, sondern den Politikern; die Verteilung der Kompetenzen zwischen Regierung und Volksvertretung ist eine Machfrage, keine Rechtsfrage.

Das weitgehende Interesse des Proletariats dürften die Verhandlungen der strafrechtlichen Abteilung hervorrufen. In der bürgerlichen Gesellschaft, die die bürgerlichen Rechtsgüter zu schützen hat, wird der Proletarier in erster Linie mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen. Er hat daher an einem freierlichen Strafrecht das größte Interesse. Einseitige Meinung war, daß die heutige Bildung der Strafrichter und Staatsanwälte unzulänglich sei, daß sie in den Hilfswissenschaften der Kriminalistik, insbesondere der Psychiatrie und Psychologie, geschult werden müssen.

Besonderes Interesse rief aber die Verhandlung der Frage hervor, mit welchen Hauptzielen die künftige Reform des Strafverfahrens zu erstreben sei. Die sozialdemokratischen Juristen haben bereits bei der Einbringung des Entwurfs eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzes im alten Reichstag betont, daß mindestens so wichtig wie die Reform des materiellen Strafrechts, die Reform des heutigen Strafprozesses sei. Wenn der Richter, wie es der Entwurf des Strafgesetzbuches vorsieht, weitreichende Freiheiten bekommen soll, den Einzelfall individuell zu entscheiden, dann muß der Angeklagte eine Rechtsgarantie der Gewißheit haben, daß sein Fall auch richtig entschieden werde. Von diesem Standpunkt aus verlangten die sozialdemokratischen Juristen eine Ausdehnung der notwendigen Verteidigung und eine Gleichstellung der Verteidigung mit der Anklagebehörde. Von hier aus lehnten sie sich gegen die Forderung des Senatspräsidenten Lobe auf, das Rechtsmittel der Berufung abzuschaffen und drangen mit ihrer Forderung durch. Von diesem Standpunkt und im Einklang mit dem Satz der Verfassung, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, forderten sie die Wiedereinführung der alten Schwurgerichte und beeinflussten die Stimmung auf dem Juristentage in dieser Frage wenigstens soweit, daß eine Erörterung gerade dieses Themas auf dem nächsten Juristentage beschlossen und damit zum Ausdruck gebracht wurde, daß der heutige Zustand unhaltbar ist. Erfüllung von dem Wunsche nach Rechtsgarantie für den Angeklagten, beantragten sie eine Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens — der Antrag wurde angenommen. Sie erreichten, daß der Deutsche Juristentag sich die Aufgabe zu eigen machte, nach der der Richter von aller inquisitorischen Tätigkeit befreit und auf die rein richterliche Tätigkeit beschränkt werde.

Alle diese Forderungen, für die sich der Juristentag unter dem Druck sozialistischer Argumente entschloß, sind im Grunde liberaler Natur. Ihre Verwirklichung wird aber von den Sozialisten erzwungen werden müssen.

Daß die Frage, wie das Kartellrecht gestaltet werde, im Grunde auch keine Rechtsfrage, sondern eine Machfrage ist, bedarf in einer sozialistischen Zeitung keiner Ausführung. Es ist bemerkenswert, daß trotz des Widerstrebens der Arbeitgeberschicht der Juristentag sich grundsätzlich für eine Einschränkung des Staates auf die Geschäftsbildung der Kartelle erklärte.

Der Juristentag ist keine entscheidende Instanz, er ist ein Mittelglied zwischen einem wissenschaftlichen Kongreß und einem Entscheidungsgremium. Erfahrungsgemäß wurden aber keine Beschlüsse auf die Entscheidung der Bürokratie bei der Ausarbeitung von Gesetzen durch.

Für eine solche Wirkung der Entscheidungen des Salzburger Juristentages, soweit sie den Justiz der Proletariats zu fordern geeignet sind, zu sorgen, wird auch die Sozialdemokratische Partei und ihrer juristisch gebildeten Mitglieder sein.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 27. September 1928.

Kampf

Der Granitblock, der für den Schwachen ein Hemmnis ist auf seinem Pfade, ist für den Starken eine Stufe, die ihn höher fördert.

Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. Sie werden auch stets überwunden, wenn der Mensch nur will. Und der Mensch wächst dann durch die Überwindung zugleich an Kraft und Trost und starkem Bewußtsein seines Könnens.

Durch solche Kämpfe mit den Widerwärtigkeiten des Lebens wuchs die Menschheit. Dadurch wurde in der Menschheitsgeschichte der Geist, ward der Charakter, wurde der Wille. Der Mensch in seinem Können und Fühlen und Denken und Wollen ist das Produkt seines ewigen Kampfes.

Wie aber die Menschheit nur durch den Kampf zum geistlichen und geistbegabten Menschen wurde, so wuchs das proletarische Volk durch seinen Kampf zu Kraft und zu dem Bewußtsein seiner Stärke und zum Glauben an sich selbst. Die Schwierigkeiten, die das Proletariat zu überwinden unternahm, sie weckten das stolze und sieghafte Kämpfergefühl. Die Hemmnisse, die der unterdrückten Klasse in ihrem Verlangen nach Lebensentfaltung entgegenstanden, sie machten sie trotzig und willensstark und schweißten die Klasse zusammen zu starkem solidarischen Fühlen, das dem Kampfe eine unüberwindliche sittliche Seele gibt.

Wer den Kampf noch niemals miterlebte, der hat noch niemals seine eigene Kraft und noch niemals den herrlichen Befreiungswillen seiner Klasse gefühlt. Und darum finden wir den Geist des Misstrauens und der Laune bei denen, die nicht kämpfen und noch nie entzündet waren von diesem heiligen Glauben an das ewige Recht, das mit der proletarischen Klasse schreitet. Da bei denen, die den Granitblock, der uns in unserer Lebensfreiheit hindert, zu umgehen versuchen, statt ihn zu überwinden und von ihm aus weiter zu steigen aufwärts.

Bleibet am Boden, ihr Feigen! Nur in der Überwindung liegt der Sieg. In der Kraft nur liegt der Glaube, und aus der Solidarität allein ersteht die Freiheit uns.

Dr. Gustav Hoffmann.

Neuer Heizkursus der bodenständigen Heizerschule Breslau

Vom Arbeitgeberverband der Industriellen von Breslau und Umgegend und vom Verband Schlesiener Metallindustrieller wird mitgeteilt:

Nach Mitteilung des Schulausschusses für die bodenständige Heizerschule in Breslau soll im November wiederum ein Kursus zur Ausbildung von Dampfheizern stattfinden, sofern die genügende Teilnehmerzahl vorhanden ist.

Der Kursus soll etwa drei Monate dauern. Der Unterricht soll an zwei bis drei Tagen in der Woche in den Abendstunden in der Staatlichen höheren Maschinenbauerschule Breslau, Lehmdamm 55, abgehalten werden.

Der theoretische Unterricht wird wie bisher hauptsächlich die allgemeinen physikalischen und chemischen Gesetze, insbesondere die der Wärmelehre behandeln. Ferner werden Brennstoffmaterial und Messungen, Verbrennungsvorgänge, Dampfsystems und ihre Feuerungseinrichtungen, die Sicherheitsvorschriften, Wasserreinigung und Wärmewirtschaft eingehend erläutert. Der theoretische Unterricht wird ergänzt durch praktische Unterweisungen im städtischen Elektrizitäts-Hauptwerk und dem städtischen Wasserwerk. Hierbei werden bevorzugt behandelt die Fragen der Feuerbedienungen, der chemischen Untersuchung von Rauchgasen und Speisewasser. Außerdem werden Übungen an verschiedenen Meßinstrumenten vorgenommen.

Die Kurse werden abgeschlossen durch eine Prüfung, die in einen theoretischen und einen praktischen Teil zerfällt und an der unter Vorsitz eines staatlichen Kommissars Vertreter des Arbeitgeberverbandes, des Schlesiener Vereins zur Überwachung von Dampfheizern und des Heiz- und Maschinenisten-Verbandes beteiligt sind.

Das Schulgeld für den Kursus wird wie bisher 25 Mark betragen. Davon sollen der Kurssteilnehmer selbst 10 Mark, die Firma, die Heizer entsendet, 15 Mark tragen.

Da auch unsere Mitglieder eine bestmögliche Ausbildung der Heizer für notwendig halten und unsere bisherigen Ausbildungskurse allgemeine Anerkennung gefunden haben, nehmen wir an, daß unsere Mitgliedsfirmen auch in diesem Jahre bereit sein werden, geeignete Heizer und Maschinenisten ihres Betriebes zu diesem neuen Kursus zu entsenden.

Anmeldungen sind baldmöglichst an den Herrn Gemeinsekretär Kaufmann, Gemeinsekretariat Breslau-Str. Breslau, Matthiasplatz 8, III, zu richten.

Stenographiekurse für Arbeiter

Jedem Handarbeiter, gleichviel welchen Berufes, bietet sich jetzt wieder Gelegenheit, im Kreise Gleichgesinnter an einem vom Arbeiter-Stenographenverein „Grenzt“ veranstalteten Anknüpfungskursus die deutsche Volksturnschrift zu erlernen. Den Wert der Kursteilnahme kann nur der Kundige ermessen. Sei es für berufliche Tätigkeit, sei es für private Aufzeichnungen, die nicht jedem anderen zugänglich sein sollen, sei es für schriftliche Betätigung bei Beteiligung an Kursen jeder Art, oder sei es die Abfassung von Protokollen für Vereinsfunktionäre, überall bedeutet die Kursteilnahme ein geistiges Rüstzeug von unschätzbarem Wert. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Anmeldungen werden am Kursbeginn Freitag, den 28. September, abends 7 Uhr, im Zwinger-Gymnasium, Zimmer 5, 1. Stock, noch entgegen genommen. Unkostenbeitrag einschließlich Lehrmittel 5 Mark. Dauer dreizehn Abende. Die Kurse finden gemeinsam für Frauen, Männer und Jugendliche statt. Spätere Meldungen können für diesen Kursus nicht mehr berücksichtigt werden.

Achtung! Betriebsvertrauensleute!

Der Inhalt des „Betriebsecho“ Nr. 5 ist äußerst wichtig. Die Betriebsvertrauensleute müssen es sofort im Parteisekretariat abholen.

Winterverkaufs- und Betriebszeit für die Großmarkthalle

Von Montag, den 1. Oktober, an ist die Großmarkthalle für den allgemeinen Verkehr und zwar für den Einkauf beim Großhandel und in der Blumenhalle von 6 1/2 bis 10 Uhr, auf dem Erzeugergroßmarkt von 6 1/2 bis 9 Uhr, und für den Einkauf beim Großhandel außerdem von 14 1/2 bis 16 1/2 Uhr an allen Wochentagen geöffnet. Die Fahrzeuge der Marktbesucher (Großhandel und Erzeuger) werden bereits von 5 1/2 Uhr an in die Großmarkthallenanlage eingelassen. Den Käufern ist der Zutritt zur Großmarkthalle erst bei Beginn der Verkaufszeit, also um 6 1/2 Uhr oder 14 1/2 Uhr, gestattet.

Neue Kraftpost

Vom 1. Oktober ab wird eine neue Kraftpost von Breslau (Ring) über Breslau-Klein-Moschorn, Breslau-Mariahofen, Breslau-Neukirch, Herrmannsdorf, Arnoldschmiede, Romberg nach Schallau verkehren.

Die Gangezeiten der Kraftpost sind folgende: ab Breslau Ring 8,15 Uhr (nur an Sonntagen), 10,20 Uhr (an Werktagen bis Herrmannsdorf), 13,30 Uhr (täglich) und 19,45 Uhr (täglich bis Herrmannsdorf); ab Schallau (Gasthaus Neugebauer), 12,10 Uhr (an Sonntagen) und 17,30 Uhr (täglich); außerdem ab Herrmannsdorf (Gasthaus Gasbe) 7,15 Uhr (täglich) und 12,30 Uhr (an Werktagen).

Anmeldung zur weltlichen Schule

Achtung! Eltern, die Ihr Veranlaßter für Ostern 1929 habt, meldet Eure Kinder sofort in einer weltlichen Schule an!

Veranlaßterklassen sind: Kleinkinder, Matthiasstraße 112, Pestalozzischule, Uferstraße, Ofener Straße, Lehmgrabenstraße, Sauerbrunnen, Reichstraße, Anderssenstraße, Polener Straße, Krieglitzstraße. Neue Klassen sollen kommen in die Siedlungen Jampel und Pöpelwitz. Das Anmelden muß bei folgenden Schulleitern von 11 bis 1 Uhr bis 1. Oktober geschehen:

1. Gabriel, Weinstraße 24, III.
2. Kaufmann, Polener Straße 12, zweites Haus parterre.
3. Pielich, Ofener Straße 56, II.
4. Sanders, Trebnitzer Straße 42, I.
5. Zaube, Anderssenstraße 58.
6. Felken, Krieglitzstraße 3.

Geht bald und wartet nicht bis auf die letzten Tage!

Auch Anmeldungen der schon in die Schule gehenden Kinder sind dort vorzunehmen!

Zur Feuerbestattung

Der Magistrat teilt mit:

Anträge auf Einäscherung Verstorbener in der Feuerbestattungsanlage auf dem städtischen Friedhof Breslau-Gräbiger werden von den Interzestischen oder deren Beauftragten in dem städtischen Bestattungsamt, hier: An der Elisabethstraße 3/4 — als der Geschäftsstelle der Feuerbestattung — entgegengenommen und weiter verfolgt. (Dienststunden von 7 1/2 bis 18 1/2 Uhr.) Bezüglich der zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen herzubringenden Urkunden wird darauf hingewiesen, daß die Beibringung eines formgerechten Nachweises darüber, daß der Verstorbene die Feuerbestattung (Einäscherung) seiner Leiche angeordnet hat, von wesentlicher Bedeutung ist; Mängel an dieser Anordnung können nachträglich nicht behoben werden. Fälle der Art, daß Verstorbene mangels eines formgerechten Nachweises nicht eingeschert werden konnten, sind wiederholt vorgenommen. Der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung angeordnet hat, kann erbracht werden:

1. Durch eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen, diese muß von dem Erklärenden eigenhändig geschrieben und unterschrieben sein;
2. durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Siegelbesetzten Person als in ihrer Gegenwart angegeben beurkundet ist.

Die Anordnung ist nur wirksam, wenn der Verstorbene sie nach vollendetem 16. Lebensjahre getroffen hat; sie kann nicht durch einen Vertreter abgegeben werden. Stand der Verstorbene unter elterlicher Gewalt, und hatte er nicht das 18. Lebensjahr vollendet, so tritt der Antrag des Inhabers der elterlichen Gewalt an die Stelle der Anordnung. Es ist zu beachten, daß eine Einäscherung nur erfolgen kann, wenn der geforderte Nachweis vollständig den vorstehend genannten Bedingungen entspricht; ist dies nicht der Fall, so muß die Erdbestattung vorgenommen werden.

Schwurgericht

Eine Schwurgerichtssitzung von etwa zwei Wochen Dauer wird am 15. Oktober d. Js. unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Fabig beginnen. Bei der Mehrzahl der zur Verhandlung angelegten Strafsachen handelt es sich um wissenschaftliche Meineid. Am 19. Oktober wird sich der Arbeiter Clausen wegen Falschfuges zu verantworten haben und am 23. Oktober die ledige Emma Feierabend wegen Kindesmordes. Als Geschworene wurden ernannt: Frau Meta Schondorff-Hartlieb, Fabrikdirektor Otto Busch-Carlowski, Stellenbesitzer Paul Schödel-Oberwik, Direktor Roman Veninde-Gut Magnis, Rittergutsbesitzer Karl Weitz-Dittersbach bei Witzig und Oberpostinspektor Wilhelm Schönte-Breslau.

Die gefälschten Formulare

Vor dem Erweiterten Schöffengericht stand am Dienstag der 31 Jahre alte Kaufmann Erwin Sängler, um sich wegen fälscherlicher Erwerbiger Urkundenfälschung in Lateinisch mit Betrug zu verantworten. Der Angeklagte ist nach seinen Angaben der Sohn eines Arztes. Er hat die Realschule besucht und ist als Kriegsfreiwilliger ins Feld gezogen. Nach dem Kriege sprach er dem Morphium zu und war zur Heilung von diesem Uebel eine Zeitlang in einer Anstalt. Anfang dieses Jahres war er beim Finanzamt Nord als Hilfsarbeiter beschäftigt. Als er im Februar wegen Krankheit aus seiner Stellung auswich, eignete er sich einige Ausweisformulare für Angestellte an und verjah sie mit dem Stempel des Finanzamtes. Diese Formulare schrieb er dann auf falschen Namen aus und machte bei der „Debema“ und bei der „Gefa“ Bestellungen auf eine ganze Anzahl Sachen. So kaufte er zu verschiedenen Malen, jedesmal auf einen anderen Namen, unter anderem Anzüge, Mäntel, Stiefel, Halbschuhe und auch ein Herrenfahrrad. Die Waren erhielt er ohne Anzahlung, da er sich als Angestellter auswies und es wurde eine spätere Anzahlung vereinbart. Bei der „Gefa“ hatte er einen Mantel auf Kaufzahlung entnommen. Schließlich kam es aber doch heraus, daß die ganzen Bestellungen nur Betrügereien waren. Sängler wurde am 23. März verhaftet und am 11. Mai wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Besonders die „Debema“ ist erheblich geschädigt, da er alle entnommenen Waren an einen Mann verkauft hat, dessen Namen er nicht nennen will. Das Fahrrad hatte er in ein Leihhaus getragen und konnte hier beschlagnahmt werden. Vor Gericht erklärte er, daß er aus Not gehandelt habe, da er ein wöchentliches Krankenlohn von nur 15 Mark erhielt. Das Urteil gegen ihn lautete auf 2 Monate Gefängnis. Ein Monat und zwei Wochen wurden ihm auf die frühere Untersuchungshaft angerechnet; für den Rest der Strafe erhielt er Strafaussetzung.

* Dienstjubiläum. Der im hiesigen Allerheiligenhospital beschäftigte Maler Heinrich Reimann konnte dieser Tage auf eine 25jährige Beschäftigung in dieser Anstalt zurückblicken. Der Jubilair ist seit dieser Zeit auch treues Parteimitglied und Leser der „Volkswacht“.

* Die Militärverpflegungsgeldbescheinigungen werden diesen Monat bei allen Postämtern bereits am 28. September gefahrt.

* Der Polizei- und Schutzhundverein, dessen bisheriger Übungsplatz zwischen Eisenbahn und Schönstraße vom Magistrat zu Schreiergärten bestimmt wurde, hat in dem ehemaligen Viktoria-Sportplatz, Helmstraße 45, einen neuen geeigneten Übungsplatz gefunden und auf längere Zeit gepachtet.

* Esperanto-Kurse. Der Arbeiter-Esperanto-Bund, Ortsgruppe Breslau, beginnt am Dienstag, den 2. Oktober, und Mittwoch, den 3. Oktober, im Schulhaus „Kanonenhof“, Tafelstraße 29/31, Esperanto-Kurse. Anmeldungen dafür sind bei Hans Heresch, Breslau 6, Meißnerstraße 57, sowie bei Willi Weber, Breslau 10, Mehlgasse 62. Auf Wunsch werden Sonderkurse für Organisationen aller Art veranstaltet.

* Mit dem Bierglas niedergefallen. Als in der Nacht zu Mittwoch drei Männer die Leutchenstraße entlang gingen, die vorher gemeinsam in einem Lokal in der Pöpelwitzstraße gewesen waren, gerieten sie in Streit. Ein Arbeiter aus der Südbrandstraße zog ein Bierglas aus dem Tasche, das er sich wahrscheinlich aus dem Lokal mitgenommen hatte und schlug damit seine Begleiter, einen Tischler aus der Meißnerstraße und einen Tischler aus der Vangegasse, nieder. Einer der Verletzten erlitt eine klaffende Wunde am Kopf, der andere im Gesicht. Von der Unfallstation in der Leutchenstraße, wohin die Verletzten geschafft worden waren, mußten sie mit dem Krankenwagen ins Allerheiligenhospital überführt werden.

* Einbruch in das Büro der Deutschen nationalen Volkspartei. In der Nacht zu Mittwoch drangen Einbrecher mit Nachschlüssel in die im ersten Stockwerk des Hauses Junferstraße 41/43 gelegenen Büroräume der Deutschen nationalen Volkspartei. Sie entwendeten aus einer in einem Schrank liegenden Kasse 450 Mark und ein Fahrrad. Unbemerket entkamen sie mit ihrer Beute.

* Folgen des Schneefalles. An der Ecke Tiergarten- und Kaiserstraße wollte am Mittwochabend ein Personkraftwagen in schnellster Fahrt die belebte Straßenecke überqueren. Er fuhr dabei mit aller Wucht gegen eine auf der Straßenecke stehende Pfeilsäule, die dadurch schwer beschädigt wurde. Gegen den rücksichtslosen Führer ist Anzeige erstattet worden.

Theater und Musik

Stadt-Theater

„Die Walküre“

Die Walkürenaufführung bestätigte unsere allgemeine Charakterisierung der Reueinstudierung des „Rheingold“. Unsere Reueinstudierung der Tetralogie ist keine Entfernung von den Intentionen Wagners, sondern ein Versuch, seine szenischen Visionen zu verwirklichen. Mögen auch die Traditionsisten von einer Entstellung des Wagner'schen Gesamtwerks reden, für jeden Entstellung der Wagner'schen Gesamtwerksredaktion behält die Reueinstudierung ihre Berechtigung. Das Werk verlangt aber, und dadurch unterscheidet sich die hierzulande getretene Aufführung von den früheren Aufführungen, erhöhte Mitarbeit des Publikums. Erleichterte früher die naturhistorische Darstellung der Vorgänge auf der Bühne das Verständnis des inneren Zusammenhanges, so wird heute nur im Symbol angedeutet. Die Übertragung ins Konkrete bleibt dem Zuschauer überlassen. Nicht immer ist die Umdeutung so einfach, wie es sich der Regisseur vorstellen mag. Manchem Zuschauer wird der Hintergrund in der letzten Szene des zweiten Aufzuges ein Rätsel geblieben sein. Wieviel enthält das Gefächter mag aber der neue Feuerzauber bereiten haben? Die „wunderbare Höhe“ durch eine im Hintergrund glühende Mitternachtszene zu erleben, ist ebenso unerwünscht, wie das Theater mit Quaim zu veräußern. Einen zusammenfassenden Bericht darüber zu geben, ob Dr. Graf, dem wir die

Reueinstudierung des „Rheingold“ zu danken haben, die Realisierung der ihm vorstehenden Idee, die wir in ihren Grundzügen erachtet, restlos gelungen ist, kann erst nach der Siegfried- und Götterdämmerungsaufführung geschehen.

In Wildermann'sche Bühnenbilder, die die malerische Umsetzung der Graf'schen Regie-Ideen sind, und in deren einfachen, zweckmäßigen, vieles nur andeutenden Gestaltung ungemeine Kraft und Farbensättigung liegt, werden die Schauspiel-Sänger eingestellt. Wagner verlangt, daß der Sänger auch Schauspieler sei. Diese glückliche Einigkeit ist selten vorhanden. Dr. Pölzer als Siegmund war mehr Sänger als Schauspieler. Das sei ihm nicht übel vermerkt. Er hat seine Feuerprobe in einer größeren Rolle ganz bestanden. Bei solchem Stimmmaterial kann man dem Anfänger eine beachtliche Bühnenlaufbahn prophezeien. Stimmgewalt muß er an sich arbeiten. Seine Fortschritte sind zur Zeit noch das Beste. Die Mittellage klingt flach und die Junge scheint ihm noch manche Schwierigkeiten zu bereiten. Das wird er aber alles noch lernen, weil er begabt und musikalisch intelligent ist. Die größte Schwierigkeit bereitet ihm vorläufig noch die Ausdeutung der einzelnen rhythmisch, dynamisch oder sonstwie betonten musikalischen Gesten durch die Gebärde. Er muß seine Steifheit verlieren lernen und daran denken, daß alle Bewegungen im Dienste einer ästhetischen Idee stehen. Bei einer Wiederholung wünscht man sich für das Liebeslied größeren Tonfall.

Es sei zugegeben, daß den Moten zu folgen, eine große stimmliche Anstrengung bedeutet. Dazu ist Oekonom des Gesanges erforderlich, was aber nicht gleichbedeutend mit Scherzung

der Stimme ist. Walter Barth, der diese Partie sang, verfügt über einen vollkräftigen Bassbariton, dessen ganze Schönheit er uns leider erst im dritten Akt zeigte. Hans Gorka sang den Hunding mit herrlicher Stimme. Seine Aussprache muß gepflegt werden.

Den Erfolg Klara Kieppe-Schönfeld's entschied ihre hervorragend stimmliche Leistung. Sie zeigte immer wieder von neuem ihre technisch vollendete durchgebildete Stimme, die sie im Forte und im Piano, im Sprechgesang und in der Melodieführung gleich gut zu behandeln versteht. Eine ideale Bräutigams-Gebärde. Sehr überzeugend und energiegelang Ferta Böhlke die Ehe- und Familiengöttin. Die Schauspielerfrau neuerdings war Eitner-Stoll's Sieglinde. Die Schauspielerfrau noch nicht so sehr wie stimmlich. Welleitig ist sie noch zu jung, um den Glanz und den Stimmungsgehalt ihrer epischen Erzählung und ihrer Liebesmelodie. „Im Bach erblühte ich mein eigen Bild“, innerlich warm gestaltet zu können. Vielleicht ist aber auch ihre mangelhafte Stimmbildung Schuld an diesem Eindruck. Ihr R ist es wohl vor allem zuzuschreiben, daß der Dialog mit Siegmund im ersten Aufzuge zur Geduldsprobe wurde. Die Walkürengebärde verriet eine eingehende musikalische Vorbereitung. Hier klapperten die Entfembles wie nie zuvor.

Der inspirierte das Orchester im Geiste Wagners. Seine Mittel sind die denkbar einfachsten, die Wirkung eine überraschend große. Denn was tut er anders als das, was der Komponist vorgeschrieben. Ihm entgeht keine Bemerkung der Partikatur. Möchten viele Dirigenten in ihm ihr Vorbild sehen.

Aus Schlesien

Severing in Schlesien

Nachdem Reichsinnenminister Severing am Dienstag der Jahresversammlung des Deutschen Städtebundes in Breslau beigewohnt, war er abends bereits in Buzlau. In seiner Begleitung befanden sich Oberpräsident Lüdemann, Ministerialdirektor Dammann und einige Herren aus dem Reichsinnenministerium. Erster Bittgermeister Buzmann gab in seiner Begrüßungsrede der Freude über den Ministerbesuch Ausdruck, da ihm dieser ein Beweis dafür sei, daß der Minister ein Ohr für die Klagen der kleinen Städte im Osten habe. Buzlau ist Industrieort und habe alle Klagen der Industrie der letzten Jahre miterlebt. Besonders schwer sei die Not der Buzlauer Kleintextilindustrie, die die ehemaligen Abfallgebiete verlorengegangen seien. Weiterhin sprach der Redner über die Bestrebungen auf kulturellem Gebiet und bat um Unterstützung.

Reichsinnenminister Severing betonte in seiner Erwiderungsrede, daß der Zweck seiner Reise nach Schlesien recht deutlich geworden sei. Er wolle die Klagen der kleinen Städte und des flachen Landes kennen lernen. Sie dürften zu ihm Vertrauen haben, daß er helfen wolle, soweit dies in seinen Kräften stehe. Der Minister führte zum Schluß noch aus, daß ihn die Weiterreise in die Gebiete führen werde, wo die Klagen noch größer seien als in Buzlau, und versicherte, daß dem Osten des Reiches größte Aufmerksamkeit zugewandt werden solle.

Der Reichsinnenminister wollte am Abend im Grenzschutzhelm Oberhaus, wo auch die Spitzen der städtischen und Reichsbehörden zum Empfang erschienen waren. Landrat Schmiltzahn überreichte dem Minister das Heimatbuch des Kreises Löwenberg. Der Leiter des Oberhauses, Dehmel, unterrichtete den Gast über die Volkshilfsaufgabe des Heims. Severings Dank für den Empfang gipfelte in der Mahnung an die Jugend, sich ihren normwärtsbildenden Idealismus auch im Alter zu bewahren. Nach Besichtigung des Oberhauses erfolgte die Weiterfahrt des Ministers nach Hirschberg.

Mittwoch vormittag gegen 9 Uhr traf der Reichsinnenminister in Landeshut ein, um sich durch eigenen Augenschein über die wirtschaftliche und soziale Lage des Kreises Landeshut zu unterrichten. Im Sitzungssaal des Kreishauses hatten sich die Vertreter der Behörden, die Führer der Wirtschaft und der politischen Parteien versammelt. Landrat Dr. Fiebranz begrüßte den Minister und Oberpräsident Lüdemann. Dem neuen Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien dankte er für das warme Interesse, mit dem er sich bereits beim Hindenburg-Empfang im Landeshause zu Breslau für den Kreis Landeshut, dessen östlicher Teil zum Landeshut-Waldenburg-Neurober-Kohlengrund gehört, eingeleitet hat. In einem einhalbstündigen Vortrag beleuchtete dann Landrat Dr. Fiebranz die schwere Notlage des Kreises Landeshut und schilderte im einzelnen die schwierigen Verhältnisse, die bei der schlesischen Grenzlandnot den Kreis Landeshut als besonders bedürftig für die Hilfe des Reiches und des Staates machen.

Severing dankte für die freundliche Begrüßung und erklärte, daß er bereit sei, ebenso wie dem Waldenburger Kreise auch dem Kreise Landeshut zu helfen. Der beste Grenzschutz scheint darin zu bestehen, daß wir die Grenzbevölkerung zufriedenstellen. „Ich verspreche Ihnen“, so schloß der Minister, „daß ich alle versprochenen Klagen und Wünsche bei der Aufstellung des Etats seitens des Reiches und des preussischen Kabinetts berücksichtigen werde.“

Dann setzte der Minister mit den ihn begleitenden Herren seine Reise nach Waldenburg fort. Hier besichtigte er zunächst die Schutzpolizeiunterkunft im Stadteil Neu-Waldenburg, das Stadion, die Oberrealschule und die weltliche Schule in Altwasser. In Kraftwagen wurden dann die reichseigenen Häuser in der Hartebusch Siedlung und das Kreiskrankenhaus einer Besichtigung unterzogen. Es folgte eine zwanglose Besprechung im „Waldenburger Hof“, zu der Vertreter der hiesigen Behörden, der Industrie, des Handels und Gewerbes und der Arbeiterkassen erschienen waren. Oberbürgermeister Dr. Wiesner wies auf die Fortschritte hin, die Waldenburg unter schweren Opfern auf kulturellem Gebiet gemacht hat, und machte den Minister auf die schwere Notlage des Waldenburger Bezirkes aufmerksam. Minister Severing erklärte, daß er von dem Gesehenen und Gehörten aufs tiefste erschüttert sei. Er versprach, daß er nicht nur in seinem Ressort für baldige Hilfeleistung für den Waldenburger und Neurober-Industriebezirk eintreten werde, sondern daß er auch die anderen Ressorts lebendig machen werde.

Weiter hat Minister Severing inzwischen Reize und Döppeln besucht und Ottmachau besichtigt.

Wegau. Wenn ein Arbeitsloser erbt. Der Arbeiter Franz Bsch aus Ober-Nüßtern, der von Januar bis April 1928 Krisenunterstützung bezog, hatte das ihm in dieser Zeit ausgezahlte väterliche Erbe von 1500 Mark nicht angegeben. Das Arbeitsamt sah darin Betrug und erstattete Anzeige. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten jedoch frei, da ihm geglaubt wurde, daß er über die Anmeldepflicht dieses Vermögenswachses nicht unterrichtet war.

Buzlau. Immer wieder unbezahlte Versicherungsbeiträge. Der Malermeister Bruno Rogner hatte für die Monate Mai-September 1927 und März und Mai 1928 Krankenversicherungs- und Erwerbslosenversicherungsbeiträge in Höhe von 535 Mark nicht bezahlt. Wegen Einbehaltung der Beiträge erhielt er vom Wiegner Schöffengericht drei Monate Gefängnis. Doch wurde ihm Strafsanction mit dreijähriger Bewährungsfrist zugestimmt, wenn er binnen eines Jahres die schuldigen Beträge abführt.

Hagnau. Dem Tode entgangen — dafür 30 Mark Geldstrafe. Der 65jährige Kutscher Hermann Schmidt aus Ueberstür war von einem Gutsbesitzer mit einem Pferdegepäck nach Gößkau geschickt worden, obwohl er für diesen Dienst wegen seiner Schwerhörigkeit und Kurzsichtigkeit nicht geeignet war. Am Eisenbahnübergang der Straße Goldberg-Hagnau wäre er bei nahe von dem Goldberger Morgenzug überfahren worden, da er das Herannahen und die Signale überhörte. Nur durch das Scheitern der Pferde, die von dem Gleis wieder zurücksprangen, entging er dem Tode unter den Rädern des Zuges. Wegen Transportgefährdung erhielt er nun vom Wiegner Schöffengericht 30 Mark Geldstrafe.

Hühner, Kreis Wollschütz. Köstlicher Ausweg. Ein Arbeiter aus Bogelsdorf machte dieser Tage eine Reise und kann jetzt — etwas erzählen. Auf der Heimfahrt benutzte er einen beschleunigten Personenzug und mußte kurz vor seiner Heimatstation erfahren, daß der Zug dort durchfährt. Einen humoristisch gemeinten Rat eines Mitreisenden, doch die Kolbrenne zu ziehen, weil dann der Zug halten würde, lehnte unser Freund in die Wirklichkeit um. Eine kleine Kraftanstrengung, das Zügel hielt, und schon sah sich der entschlossene Reisende beim Aussteigen vom Zugführer, Schaffner und dem Bahnhofsvorsteher umringt. Das Gesicht unseres Freundes wurde recht lang, als man ihm bei der Protokollaufnahme eröffnete, daß ihn der Spaß 20 Mark kostete. Gilt mit Weile, sonst kostet's viel Geld!

Landeshut. Ein Toter und mehrere Verletzte bei einer Schwarzfahrt. Der Chauffeur Eitrich eines Liebauer Bankinstituts benutzte die Abwesenheit seines Chefs zu einer Schwarzfahrt, an der sich drei junge Leute und drei Mädchen beteiligten. Auf der schlüpfrigen Chaussee nach Grünau kam der Wagen in 80 Kilometertempo ins Rutschen und schluderte gegen eine Telegraphenstange. Der Oberbau der Opelmaschine wurde völlig zerkümmert. E. wurde durch die Windstöße viele Meter weit fortgeschleudert, erlitt aber nur leichte Verletzungen. Der Bürobeamte Huebner aus Liebau konnte nur als Toter unter dem Wagen hervorgezogen werden, während ein junger Mann eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Die weiblichen Insassen erlitten sämtlich Arm- und Beinbrüche. Das Auto war ein wüster Trümmerhaufen. Die Schmerzschreie der Verunglückten waren weithin hörbar. Man brachte sie ins nächste Krankenhaus. Außer diesen schlimmen Folgen hat die Fahrt für den Chauffeur noch ein gerichtliches Nachspiel.

Gaiblan, Kr. Landeshut. Völligste Butter für Bergmannsmagen. Der Reisende einer Margarinefabrik glaubte seine Butter bei einem hiesigen Kaufmann besonders empfehlenswert zu machen, indem er gegen die Juden loswetterte und die Butter „als von einem nichtjüdischen Konzern hergestellte“ anpries. Nach seiner Meinung sind die Bergarbeitermagen von der jüdischen Margarine verseucht worden. Den Gaiblanern ist also jetzt großes Leid wiederfahren, denn die von jüdischen Bazillen befreite Margarine wird ihre Magen „beredeln“. Der Dank der Bevölkerung für die patentiert völlig nationalen Magen dürfte sich bald in „Heil Hitler“-Rufen gegen die edle völligste Firma entladen.

Liebau. Immer noch Folgen des Krieges. Im Kriege hatte der Arbeiter Laube einen Lungensteinschlag bekommen, der ihn zum größten Teil arbeitsunfähig machte. Ein Granatplitter steckte noch in der Lunge, doch verursachte derselbe dem Verletzten keine besonderen Beschwerden. Erst jetzt, so viele Jahre nach dem grausamen Völkermorden, traten Beschwerden in solcher Stärke auf, daß sich Laube nach Berlin begeben mußte, um sich einer Operation zu unterziehen. Diese gelang auch und das Eisenstück konnte entfernt werden. Am Tage nach der Operation stellten sich schlimme Komplikationen ein, die auch bald den Tod des Bedauernswerten zur Folge hatten.

Neu-Breslau

Breslau-Sundsied. Esperanto-Kurse beginnen Anfang Oktober. Weitere Auskünfte erteilt W. Hanke, Breslau-Sundsied, Marktplatz 4. Sonderkurse für Polizei, Gewerkschaften, Arbeiterpartei- und Kulturvereine werden auf Wunsch veranstaltet.

Breslau-Sundsied. Sonnabend, den 29. September, abends 7½ Uhr, findet im „Gelben Löwen“ unsere Monatsversammlung statt. Redner Genosse Fritsch. Jahreslicher Besuch wird erwartet.

Stachwitz-Mariowitz. Sonnabend, den 29. September, abends 8 Uhr, halten wir in Mariowitz bei Hilfe einen Frauenabend ab. Als Rednerin wurde die Landtagsabgeordnete Genossin Kunert-Breslau gewonnen. Gäste willkommen.

Landkreis Breslau

Opperau. SW. Freitag, den 28. September: Spiel und Tanz, Beginn 7½ Uhr. Sonntag, den 30. September, nachmittags 2 Uhr: Probe für den 20. Oktober. Niemand darf fehlen. September-Beiträge mitbringen.

Wagnern. Wir halten am Sonnabend, den 29. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Michael unsere Monatsversammlung ab. Redner: Genosse Schiffer. Das Erscheinen aller Parteimitglieder ist Pflicht.

Gniowitz. Am Sonntag, den 30. September, feiern die Ortsgruppe der SPD, ihr 10jähriges Bestehen, wozu wir die umliegenden Ortsgruppen herzlich einladen. Programm: 1-2 Uhr: Empfang der Vereine, 2 Uhr: Festrede des Genossen Schiffer im Garten des Herrn Böbold. 3 Uhr: Umzug, ab 4 Uhr Tanz bei Böbold. Außerdem Verlosung, Preisstücken und im Garten Veranstaltungen der Arbeiterjugend Breslau.

Neurobe. Unerwünschte Konkurrenz. Im Tanzsaal. Zu einer Schlägerei kam es nämlich eines Kirmestanzes im benachbarten Ebersdorf. Eine Anzahl hier beim Wasserleitungsbau beschäftigter Breslauer Arbeitsloser versuchten in den Saal zu gelangen, um sich mit den Dorfschönen zu drehen. Das verzehe die Einheimischen, die an und für sich eine gewisse Antipathie gegen die Fremden befanden, in nicht geringe Aufregung. Es kam zu Handgreiflichkeiten, wobei auch Flaschen, Gläser und Fenster Scheiben in großer Zahl demoliert wurden. Erst den herbeigerufenen Landjägern gelang es, den Streit zu schlichten und die Ruhe wieder herzustellen.

Arbeiter-Sport

Männer der Westvorstadt!

Die 7. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau eröffnet Freitag, den 28. September, eine Turnstunde mit Musik für Männer, die glauben, an den allgemeinen Turnstunden nicht mehr teilzunehmen zu können. Die erste Turnstunde beginnt Freitag, den 28. September, von 7 bis 8 Uhr, in der oberen Halle der Wiegner Volksschule. Bundesgenosse Max Scholz wird dabei über „Wert und Zweckmäßigkeit des Turnens“ sprechen. Kommt alle! Gesundheit ist Leben! Anmeldungen und Auskunft in der Turnstunde.

Handball

Breslau schlägt Leipzig 7:6 (4:3)

Am Sonntag gab es in Leipzig eine Ueberraschung. Der Breslauer Handballmannschaft gelang es nach interessantem Spiel, Leipzig mit der vorgenannten Vorsiffer eine Niederlage zu bereiten. Das Spiel zeigte die seitweilige Ueberlegenheit Breslaus, die Leipzig durch Energie auszugleichen suchte. Einige Fehlschüsse des Schiedsrichters beeinträchtigten noch den Breslauer Erfolg.

Handball-Vorjahr für Sonntag

Am kommenden Sonntag beginnt die Handballserie. Beteiligt sind 63 Mannschaften in verschiedenen Klassen. Gleich der erste Serien Sonntag bringt uns interessante Kämpfe. In der A-Klasse steigt als erstes Spiel um 10.10 Uhr auf der Seimutwiese 2. Abteilung I — 5. Abteilung I. Beide sind als gleichwertig zu betrachten, erst die 60 Minuten werden es ergeben, wer der Bessere ist. Im Eichenpark weiß Nachbarn beim Kreismeister, 7. Ubt. zu Gast. Das zweite, im Eichenpark zwischen 1. Ubt. I gegen Pojeidon I wird voraussichtlich Pojeidon durch bessere Stürmerleistungen für sich entscheiden. Das letzte Spiel der A-Klasse steigt in Tzaganich, 6. Ubt. I — Gauden I. Auch hier treffen zwei Gegner aufeinander, die sich schon oft erbitterte Kämpfe lieferten. Auch in der B-Klasse wird heiß gekämpft zwischen 1925 I gegen 7. Ubt. II. 1925 I wird versuchen, durch bessere Spielerfahrung, den Sieg an sich zu reißen. Die anderen Spiele der B-Klasse sind offene Treffen. In der C- und D-Klasse, sowie A- und B-Jugend und Sportlerinnen kann man am ersten Seriensonntag, da neue Mannschaften zugekommen sind, keiner Mannschaft einen Sieg zusprechen, denn das wäre, die andere zurückgesetzt.

Handball. Die Spiele Pojeidon Jugend und 4. Ubt. I und II fallen aus. Montag, den 1. Oktober: Spieleschlichtung um 20 Uhr bei Sante, Leutenstraße 34. Vereine, die bis Sonntag nicht die Kennzettel bezahlt haben, verlieren ihre Spiele kampflos und sind von der Serie ausgeschlossen.

7. Männer- und 4. Frauen-Abteilung. der Freien Turnerschaft Breslau, Freitag, den 28. September: Sitzung der Techniker und Vorturner beider Abteilungen abends 9 Uhr im Vereinslokal Ripke, Frankfurter Straße.

4. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau. Freitag, den 28. September, nach dem Turnen: Vorkonferenz bei Ripke, Leutenstraße 34. — **Handball I.** Die 1. Mannschaft fährt Sonntag früh 5.25 Uhr ab Hauptbahnhof nach Opeln. Freundschafspiele. Die 2. Mannschaft tritt zu dem Serienspiele nicht an.

S. „Pojeidon“. Samstag, den 29. September, ab 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Ausgabe der Abonnementskarten für das Hallenbad.

Sportvereinsung „Nordost 03“ C. B. — **Handball.** Freitag, den 28. September, 20 Uhr: Versammlung aller Jugend-Handballer, Vaterl. Volksschule.

Arbeiter-Witwen-Verein. Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Ausgabe der Abonnementskarten für das Hallenbad.

Arbeiter-Kadefahrer-Verein Breslau. Sportabteilung. Sonntag, den 30. September: Uebungsfahrt. Start 7 Uhr vormittags am Sanderplatz, da sonst nicht Kartberechtigt. Desgleichen Uebungsfahrt der Damen. Meldungen im Fahrradhaus „Frisch auf“. — Donnerstag, den 27. September, 20 Uhr: Versammlung bei Böhm, Zahnstraße.

Arbeiter-Kadefahrer-Verein Tzaganich. Von der hiesigen Ortsgruppe wurde am Sonntag, den 23. September, der letzte Lauf um die Vereinsmeisterschaft im Zuberlängfahrern ausgetragen. In der A-Klasse ging als erster W. Härtel durchs Ziel. Härtel ist somit Vereinsmeister. Diese erwarb sich in der Altersklasse Sportgenosse S. Dzial. In der Jugendklasse konnte Sportgenosse S. Manchen als erster den Sieg für sich buchen. Sonntag, den 30. September, 1 Uhr mittags: Ausfahrt. Treffpunkt im Vereinslokal bei Laube.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Kaffee-Grossröstereien
Malzkaffee-Fabriken
Kakao-Werke
Kaffee- u. Tee-Import.



KAISER'S
Schutzmarke

Eröffnung unserer neuen Filiale in **Breslau:**
Hohenzollernstraße 47/49
Ecke Gabitz- bzw. Augustastraße
am Freitag, dem 28. September

Kaiser's Filialen in Breslau: Gartenstraße 85 mit Kaffee-Stube. Telefon 23396

Bohrauer Straße 18
Frankfurter Straße 111
Friedrich-Wilhelm-Straße 29
Gräbshener Straße 24
Hohenzollernstraße 47/49

Höfchenstraße 57
Klosterstraße 23/25
Matthiasstraße 66
Matthiasstraße 105
Michaelisstraße 39/41

Ohlauer Straße 28. Tel. 21732
Ring 57
Sandstraße 15
Scheitniger Straße 19
Viktoriastraße 121

Auf alle unsere Waren
(Zucker ausgeschlossen)

5% RABATT

Auf Wunsch erhält man statt Bar-Rabatt
Teile von Kaiser's Original-Kaffee-Garnitur

Eigene Schokoladen-,
Pralinen-, Zuckerwaren-
u. Backwaren-Fabriken.
Über 1000 Filialen



KAISER'S
Kaffee-Garnitur

Reichseinnahmen im August 1928

Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahme aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat August 1928 mit rund 716 Millionen Mark an gegenüber 1082 Millionen Mark im Vormonat.

Table with 3 columns: August 1928, April-August 1928 Voranschlag, and (in Millionen Reichsmark). Rows include Insgesamt, Davon sind, Steuern und Verkehrssteuern, Zölle u. Verbrauchsabgaben.

Der Lohnabzug erbrachte im August ungefähr 3,5 Millionen Mark weniger als im Vormonat. Er liegt aber mit 125,3 Millionen Mark höher als im August 1927.

Die Gesamteinnahme in den fünf Monaten April bis August 1928 beträgt 3886,6 Millionen Mark. In dieser Zeit müssen fünf Zwölftel des Voranschlages aufgebracht worden sein.

Berkehrssteuerung der Reichsbahn im Juli

Der Verkehr bei der Reichseisenbahngesellschaft hat im Monat August eine starke Steigerung erfahren. Der Güterverkehr war im großen und ganzen nur wenig stärker als im Vormonat.

Die Einnahmen für den Monat Juli werden mit 461 Millionen Mark angegeben und sind damit um etwa 19 Millionen Mark höher als im Vormonat.

Warum können das nur die Konsumvereine?

Den katastrophalen Sturz der Getreidepreise haben eigentlich nur die Konsumvereine bewirkt, um die Höchstpreise in größerem Umfang herabzusetzen.

Table comparing prices of bread (Hausbrot, Halbwaisbrot, Schwarzbrot, Rindmehl) between Konsumverein Mannheim 1913, 1928 and Baderinnung 1928.

Gegenüber der Vorkriegszeit beträgt die Steigerung im Mannheimer Konsumverein beim Hausbrot 20 Prozent und beim Schwarzbrot 14,25 Prozent.

Deutsche Kapitalbeteiligung in der türkischen Zuckerindustrie

Gründung einer deutsch-türkischen Zuckerfabrik für westliche Unternehmungen. Die Zuckerfabrik von Antalya (Antakya) und Nikel (Nikopolis) sind die türkischen Zuckerfabriken für Zuckerfabriken in Konstantinopel geboren und die unter deutscher Beteiligung und Leitung arbeiten.

Zunehmende Einwanderung in die französische Landwirtschaft

Die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte für die französische Landwirtschaft ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Im Jahre 1927 betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft 60.000.

Rückgang der Konsumsteuer im August

Die Zahl der Konsumsteuer für den Monat August ist um 157 Prozent gestiegen. Sie lag von 65 im Monat Juli auf 102 im August.

Gestern tagte in der Aula der Technischen Hochschule die Jahresversammlung des preussischen Städtetages. Oberbürgermeister Dr. Böß-Berlin begrüßte die anwesenden Regierungs- und Behördenvertreter.

Über die schwebenden Fragen des Finanzausgleichs, über Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung in Reich, Ländern und Gemeinden.

Der Redner ging in seinem Vortrage von der Erörterung gewisser Tatsachen geschichtlicher Erfahrung aus, als deren erste er das ständige Wachsen des Geldbedarfs der öffentlichen Körperschaften bezeichnete.

Als erste grundsätzliche Frage erörterte der Vortragende jedoch die Abgrenzung der verschiedenen Aufgabenkreise. Die Frage der Lebensfähigkeit von Ländern und Gemeinden sei gegenwärtig eine Frage der Gestaltung des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Daseins des deutschen Volkes.

Nach diesen mehr grundlegenden Betrachtungen ging der Vortragende zu einer Erörterung einiger wichtiger Einzelprobleme des Finanzausgleichs über, zunächst der Einkommensteuerfrage. Die Forderung, die direkten Personalsteuern den Ländern zur eigenen Bewirtschaftung wieder auszuliefern, lehnte der Referent ab.

Als zweite Frage wurde die der Realsteuern erörtert. Gegenüber den Forderungen nach deren Vereinfachung wies der Redner auf die Schwierigkeiten der Ermittlung von Sünden und Kosten hinzu.

Zur Frage der Getränkesteuer äußert der Redner, daß diese Steuerquelle ein beachtliches Mittel darstelle, den Gemeinden in größerem Maße finanzielle Bewegungsfreiheit zu geben.

Der letzte Fragekreis, den der Vortragende berührte, wird durch das Wort 'Finanzausgleich' bezeichnet. In diesem Zusammenhang wies er die Frage an, ob es nicht richtig sei, wenn die Verteilung der Länder überhaupt auf einen festen Betrag festzusetzen wäre.

kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben durch den Oberstadtrat sehr wohl Rechnung getragen werden. Der Vortragende schloß mit einem Hinweis darauf, daß alle Versuche zur Lösung der Finanzausgleichsfragen deswegen so schwierig seien, weil sich in letzterem grundlegende Fragen unseres Lebens von Selbstverwaltung und Staatsverwaltung, von politischer Freiheit und obrigkeitlicher Ordnung verknüpfen.

Die Jahresversammlung des Preussischen Städtetages erachtet es daher für dringend erforderlich, daß die Preussische Staatsregierung und der Preussische Landtag die hieraus erforderlichen Folgerungen unverzüglich ziehen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, die drei kommunistischen Resolutionen abzulehnen. Es sind einige gute Gedanken darin, die von uns Sozialdemokraten abgeschrieben sind, aber diese verschwinden in einem Haufen von Unschärflichkeit und Demagogie.

Die Aufrechterhaltung der Reichshoheit in der Steuerbeziehung und Steuerverwaltung in vollem Umfang. Erfüllung der innen- und außenpolitischen Verpflichtungen des Reiches, Befriedigung der sozialwirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Länder und Gemeinden.

Der Redner tritt weiter dafür ein, daß die Hauszinssteuer vollkommen dem Wohnungsbau zugewandt wird und die Steuerbefreiung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Grundstücke aufgehoben wird.

Ämtlicher Bericht des Breslauer Schmalviehmarktes

Table with market statistics for Breslau, including sections for I. Rinder, II. Kälber, III. Schafe, and IV. Schweine, with various sub-categories and prices.

Matruna Lewaj der weibliche Räuber

Das Räuberhandwerk einer Frau — Im Kriege erlernt

In einem Dorf von fünfzig oder hundert Seelen war sie herangewachsen. Das siebente unter neun Kindern, auf einem Hof, der auch die Hälfte noch immer nicht prächtig ernährt hatte. Ah, wie oft hatte der Vater seufzend das Letzte zusammengepackt, um es in die Stadt hineinzutragen, als Steuer für Bäterchen zur oder auf den Gutshof. Die Bauern jammerten unter der Last, aber wenn der Termin kam, wanderten sie doch geduldig hinüber zur Herrschaft. Einmal hatte Matruna den „Herrn“ gesehen, in einem ausgepölkerten Schlitten, vor dem gleich vier Pferde gespannt waren. Dann kam der Krieg. Die Deutschen rückten ein und der „Herr“ floh, irgendwohin nach Moskau oder Petersburg. Vier Jahre Krieg — Schützengraben — Mäandrierung, da gingen der Dreißigjährigen die Augen auf. In Krieg, Krieg, sich alles nehmen, was man sonst nicht bekommt. „Ich will Soldat werden!“ erklärte sie in der Schule, und da half kein Zureden, kein Strafen und kein Ermahnen. Soldat — ein Bewaffneter, der nicht leidet und bittet, der fordert und nimmt ja Soldat — es war ein Entschluß fürs Leben, den das kleine Bauernmädchen gefaßt hatte.

Die sechzehnjährige Matruna jubelte den polnischen Adlern zu, Zar und Kaiser geschlagen. Kein Kongresspolen und keine austropolnische Lösung, sondern Regionen, Regionen. Eine Zeitlang zog sie mit den Soldaten herum, aber dann kam der Friede. Die Rückkehr zum Flug. Die Soldaten verwandelten sich in Familiensäter und die Jungen wollten ihren eigenen Hausstand gründen. Ein paar Morgen Land, ein Holzhaus — eine Kuh — wie klein ist doch das, was die Menschen ihr Glück nennen. Aber Matruna warf nun erst recht ihren Kopf trotzig zurück. Nein, sagte sie; ihre Augen funkelten und Jörneströme übergieß ihr Gesicht. „So schön warst du schon lange nicht, Matruna Lewaj!“ sagte der Werber Michael Niezboruch und — blieb bei ihr. Und weil sie mit jedem Korb, dem sie einen Heiratsantrag gab, immer schöner wurde, war sie bald von einer Schar hoffnungsloser und ganz ergebener Verehrer umgeben. Matruna, das schlichte Bauernmädchen, an der Spitze einer so allem entschlossenen Schar, so hatte sie jahrelang geträumt. Und der Traum ging in Erfüllung. Auf dem Umweg über die Männer.

In einem Dorf, dreißig Werst von Rositno, hatte man sich eben zum Hochzeitsmahl gesetzt. Die Braut überglücklich, der Bräutigam strahlend, die Brautlektoren in Tränen gebadet. Bierzig Gäste schmausen und trinken auf das Wohl des Brautpaares. Da klirren die Fensterscheiben. Das Schreien und Krösehen der Weiber erklingt vor den Revolvermündungen, die drohend auf die Gäste gerichtet sind. Und eine weibliche Stimme kommandiert: „Hände hoch und keinen Laut!“ Dann räumen sie die Tafel ab, suchen zusammen, was an geprägtem und ungeprägtem Silber da ist, suchen aus den Kommoden das Beste zusammen, laden alles auf einen Wagen und sind verschwunden, bevor einer im Zimmer die Sprache wiedergefunden hat.

Matruna wars! Die Räuberin, die mit ihrer Horde alle Dörfer heimlich auf Gutshöfe kommt und die Straken belagert. Matruna! Und die Frauen und Töchter bekreuzigen sich. „Die ist mit dem Teufel im Bund.“

Und weiter geht die frisch-fröhliche Jagd! Wenn Gefahr droht, ziehen sie sich in die Sümpfe zurück und lassen die Gendarmen ein paar Tage die Dörfer abstreifen und „Erhebungen“ pflegen. Hier und da folgt den Erhebungen ein heimtückischer Schuß und der Gendarm ist auf dem Felde der Ehre gefallen. . .

Nach ein paar Tagen taucht die Räuberbande immer wieder auf. Ein alter Bauer hat sie kürzlich vorbeitreten gesehen. Voran Matruna — sie trägt kurzes, fliegendes Haar und eine Männerbluse und hinter ihr jagen sechs, sieben Kerle daher, so wiegen, wenn sich ums Plündern handelt, und klein und verzagt, wenn die „Banditenbraut“ sie zusammenschimpft.

Da bringt einer seine Ernte ein — die Räuberbande hofft sich ihren Anteil. . . Eine Erbschaft winkt, aber die „glücklichen Erben“ behalten nur den Anspruch auf das Erbe. Pferdehändler müssen ihren Tribut leisten, Priester und Rabbiner wagen es nicht, sich einer Zahlungsforderung zu widersetzen. Hier und da packiert sogar ein Beamter, ein Dorfbürgermeister mit den Räubern. Warum auch nicht. Wer die eine Hälfte hergeben muß, darf immerhin die andere behalten.

Aber das lustigste Räuberleben nimmt einmal ein Ende. Fünf Jahre lang führt Matruna ihre Räuberbande von einem Dorf ins andere. . . Eines Tages aber hat sie genug. Genug Geld, genug Blut vergossen, genug kommandiert! Matruna Lewaj will sich zur Ruhe setzen, aber mit wem? Sieben drohende, eiferjüchtige und — das kommt davon — bewaffnete Konkurrenten. Eine Zeitlang kann sie die sieben Männer, die seit fünf Jahren hinter ihr hergeritten sind, weil jeder sie einmal bekommen wollte, noch in Schach halten. Aber mit jedem Tag wird es unmöglicher. Besonders arg betreibt es der Michael, ihr erster und ältester Liebhaber, neulich hat er in einer Eifersuchtszene sogar die Hand gegen sie erhoben. . .

Da lockt sie ihn in den Wald und unter Küssen und Herzen drückt sie heimlich den Revolver ab. Michael ist tot.

Ein Leiterweg, a steht bereit, Zweige und Blätter bedecken die noch warme Leiche zu und so transportiert sie den ersten ihrer Bande heim. . . Beim Dritten aber wird es entdeckt. Ein Bauer fährt mit der Heugabel in die Blätter — und Matruna wird verhaftet.

Matruna Lewaj — in Breit-Oitowiß haben sich die polnischen Gefängnistüren hinter ihr geschlossen. Nun sitzt sie in einer Einzelzelle und wartet auf das tollere Urteil. „Weibstreifen“ nennen sie die Zeitungen. Das Morden und Brennen hat sie im Krieg gelernt.

Der Bergmannprozess

Am Dienstag begann vor der Sonderklasse des Schöffengerichts Berlin-Mitte der große Lombardbetrugsprozess gegen den früheren Berliner Lombardhausbesitzer Sally Bergmann, den Staatsanwaltstaatsrat Dr. Walter Jacoby I und acht frühere Angestellte Bergmanns, den Kaufmann Willy Kraas, die Kontoristin Charlotte Wulfrow, ihren Ehemann, den Korrespondenten Bruno Wulfrow, den Lagerverwalter Paul Schmidt, den Korrespondenten Ludwig Ohststein, den Pferdekommissar Felix Salinger, den Vertreter Arthur Leberer und den Kaufmann Willy Warshawer. Die Anklage lautet auf Konkursverbrechen und Konkursvergehen, fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrug, bei Bergmann zum Teil im Rückfalle bzw. Beihilfe zum Betrug und Urkundenfälschung. Den Angeklagten stehen zehn Verteidiger zur Seite.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, antwortet der Angeklagte Bergmann, daß er sich dazu erst später äußern werde. Alle anderen Angeklagten erklären sich für nicht schuldig.

Im weiteren Wortlaut der Verhandlung schildert der Angeklagte Bergmann an Hand eines Beispiels die Art und Weise, wie sich seine Geschäfte als Pfandbesitzer und Lombardbesitzer abgewickelt haben; er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß er mit einem Gewinn von 80 bis 100 Prozent für das einzelne Pfand habe rechnen können. Nach jeder Darlehenstellung haben stets so viele Ratgeber auf ihn eingeredet, daß er nicht mehr ein noch aus gewußt habe und sich schließlich zu manchem wider seinen Willen habe bringen lassen. Ein Rechtsanwalt Fritz Meyer habe eifrig daran mitgearbeitet, Zirkulare an die Geldgeber zu senden; Meyer sei es auch gewesen, der die für die Geldgeber „scharfen“ Verträge aufgesetzt und dabei zu Bergmann gefagt habe, er solle alles nur ihm überlassen, er würde schon die Verträge wieder verbrennen. Bergmann erklärt mit weinerlicher Stimme, daß dieser Rechtsanwalt Fritz Meyer von ihm in einem Zeitraum von etwas über einem Jahr nicht weniger als 84 000 Mark erhalten habe. Der Angeklagte gerät bei seinen Aussagen schließlich in eine derartige Aufregung, daß das Gericht die Verhandlung abbrach und auf Mittwoch vertagte.

Nachdem im Lombardbetrugsprozess Bergmann auch die übrigen Angeklagten kurz ihren Lebenslauf geschildert hatten, wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Sie begann mit einer längeren, rein geschäftlichen Schilderung des Hauptangeklagten darüber, nach welchen Grundrissen und Geschäftsmethoden er seinen Lombardbetrieb führte. Die Kundenwerbung sei in verschiedenen großen Tageszeitungen Berlins und in der Provinz, in der Regel mit Anzeigen vorgenommen worden, die etwa folgenden Inhalt hatten: „Sofort Geld in jeder Höhe gegen Hinterlegung von Waren aller Art. Höchste Bezahlung, mäßige Zinsen. Allgemeines Lombard- und Lagerhaus. Der Angeklagte glaubte, auf Grund der Schätzungen seiner Mitarbeiter, daß das bei ihm hinterlegte Warenlager etwa einen Wert von 3 bis 4 Millionen Mark gehabt hätte. Nach etwa zweistündigem Verhör durch den Vorsitzenden wurde die Vernehmung Bergmanns abgebrochen und auf Mittwoch vormittag vertagt.

Hundeplage in Sofia

In den Straßen der bulgarischen Hauptstadt Sofia treiben sich gegenwärtig nicht weniger als 18 000 herrnlose Hunde umher, die nicht nur zu einer Plage, sondern schon zu einer Gefahr für die Bevölkerung geworden sind. Überall treten Tollwutsfälle auf, ohne daß bisher wirksame behördliche Gegenmaßnahmen ergriffen worden wären. Die schmutzigen und halbverhungerten Tiere ziehen in großen Rudeln durch die Straßen der Vorstädte und erscheinen selbst im Zentrum der Stadt, um sich in den Abfallkästen ihre Nahrung zu suchen. Der Gemeinderat hat jetzt beschlossen, die herrnlosen Hunde fangen und töten zu lassen. Es sind sogenannte Jagdexpeditionen gebildet worden, die innerhalb weniger Tage allein in einem Stadtviertel über 4000 Hunde mit Stragnin „erlegt“ haben. Von einer Abnahme der Plage ist trotzdem nur wenig zu spüren. In die allnächtlichen Konzerte der Kröche und Katzen summen nach wie vor die herumlungenden hungrigen Straßenhunde mit ihrem Geheul ein.

Das Gebiß verschluckt

Im Verlauf eines Wortwechsels zwischen einem in der Wolfrather Straße in Kassel wohnenden Ehepaar biß die Ehefrau in ihrer Erregung die Gaumenplatte ihrer Unterkieferprothese durch und verschluckte die eine Hälfte. Die Goldklammer des Gebisses festete sich in der Speiseröhre fest. Auf dem Transport in das Göttinger Chirurgische Institut starb die Frau an innerer Verblutung. Eine Klammer hatte eine Arterie angegriffen.

Am Biertisch erstochen

Eine blutige Tragödie hat sich in einem Lokal im dunklen Danzig abgepielt. Ein Arbeiter Karl Schreiber saß im Kreise mehrerer Freunde in freundschaftlicher Runde. Plötzlich stand ein an einem anderen Tisch sitzender Besucher der Gastwirtschaft auf, zog ein Messer und stach es, ohne ein Wort zu sagen, Schreiber in die Herzgrube. Der Getroffene sank mit einem Aufschrei vom Stuhl und verstarb in den Armen seiner Freunde. Der Täter konnte zunächst in der allgemeinen Verwirrung aus dem Lokal entkommen, er wurde jedoch später verhaftet.

Ein Reichwehrojldat erschlagen

In Rosenfelde bei Platau (Grenzmark) lauerten Steinschläger dem zu Besuch weilenden Reichwehrojldaten Dehmke auf und spalteten ihm mit Hammerstiecken den Schädel. Dehmke ist keinen Verletzungen erlegen.

Der älteste Mann Deutschlands

Nach einer Meldung Berliner Blätter wird der älteste Mann Deutschlands, der ehemalige Hauptlehrer Gustav Krause in Großau im Kreise Glogau, am heutigen Dienstag 102 Jahre alt.

Die Schule in den Wolken

Die erste „fliegende Schule“ soll nun gegründet werden; in ihr werden Schüler hoch in den Wolken vor ihren Vulkan sitzen, um sich von einem Lehrer in die Geheimnisse der Luftschifffahrt einweihen zu lassen. Der Plan zu diesem Projekt ist von dem Ingenieurbüro der englischen „Goodyear-Zeppelin-Corporation“ entworfen worden. Die „fliegende Schule“, die nach dem Aufstieg mit den Schülern und Lehrern tagelang in der Luft verbleiben soll, wird dem Zweck dienen, Mannschaften für große militärische und Handelsflugzeuge im praktischen Fluginhalt auszubilden. Man will dazu ein für den Sonderzweck besonders konstruiertes lenkbares Luftschiff von großen Ausmaßen benutzen; neben den Unterkunftsräumen für die Lehrer und die Besatzung sind Arbeits- und Schlafräume für eine Anzahl von Schülern vorgesehen. Das Luftschiff wird sich von den anderen Fahrzeugen seines Typs vor allem durch das große, mit breiten Fenstern versehene Klassenzimmer unterscheiden. Gegenüber den Schulbänken, an der Wand hinter dem Redner wird eine Reihe von großer Zeigerapparaten und Instrumenten aufgestellt werden, die die Schüler beständig über die Schnelligkeit, die Höhe, den Kurs und die Arbeit der Motoren im Anflugsunterricht aufrecht Laufenden erhalten soll.

Krieg im Frieden

Ein ganzes Fort in die Luft gekloren — 40 Tote

In einem Fort in der Nähe von Melilla (Marokko) sind heute 20 Tonnen Pulver explodiert. Das Fort wurde vollkommen zerstört, ebenso zahlreiche Häuser in der Umgebung. Mehr als 40 Soldaten wurden getötet und über 200 Zivilisten verletzt.

Die Ehefrau angezündet

In Planty in Frankreich tötete ein Mann nach einem Streit mit seiner Ehefrau eine Zeitung in Brand und schob sie der Frau unter die Röcke. Die Unglückliche stand sofort in hellen Flammen. Sie wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht, während der Mann die Flucht ergriff.

Neue Flüge des Zeppelins

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch zu einer Functprüfungsahrt aufgestiegen. Es startete um 2 Uhr und landete nach glatt durchgeführter Fahrt um 6 Uhr abends. Die Abstimmung der Functgeräte wurde planmäßig vorgenommen. Die neuen Spannungen am Luftschiffkörper oberhalb der Propeller haben die Geschwindigkeit gesteigert. Das Luftschiff blieb während der ganzen Tage im Bereich des Bodensees, flog einige Schleifen über Friedrichshafen und dann nach Ueberlingen und Konstanz und erschien auch in Romanshorn. Da der Aufstieg am Mittwoch allen Erwartungen entsprochen hatte, wird das Luftschiff am Freitag voraussichtlich zu seiner großen Wien-Fahrt starten.

Der Flug der „Europa“

Das Flugzeug „Europa“ ist nach einer Kabelmeldung aus Allahabad am Mittwoch abend, von Karachi kommend, dort gelandet.

Teufel Alkohol

In Köln verletzte ein dem Trunke ergebener Mann im Verlauf eines Streites seine Frau so schwer, daß sie nach ihrer Entlieferung ins Krankenhaus verstarb. Einem Hausgenossen, der der Frau zu Hilfe eilen wollte, stach der Wüterich ein Auge aus.

120 Tote des Madrider Theaterbrandes

Wie aus Madrid gemeldet wird, wurden am Mittwoch die Feuerwehrlente abgelöst, die seit Sonntag abend ununterbrochen mit den Aufräumungsarbeiten in den Ruinen des niedergebrannten Theaters beschäftigt waren. In den oberen Rängen des Theaters und unter den Trümmern sollen noch immer zahlreiche Leichen liegen. Bis jetzt wurden 120 Leichen geborgen und 400 Verletzte festgestellt.

Hankau in Flammen

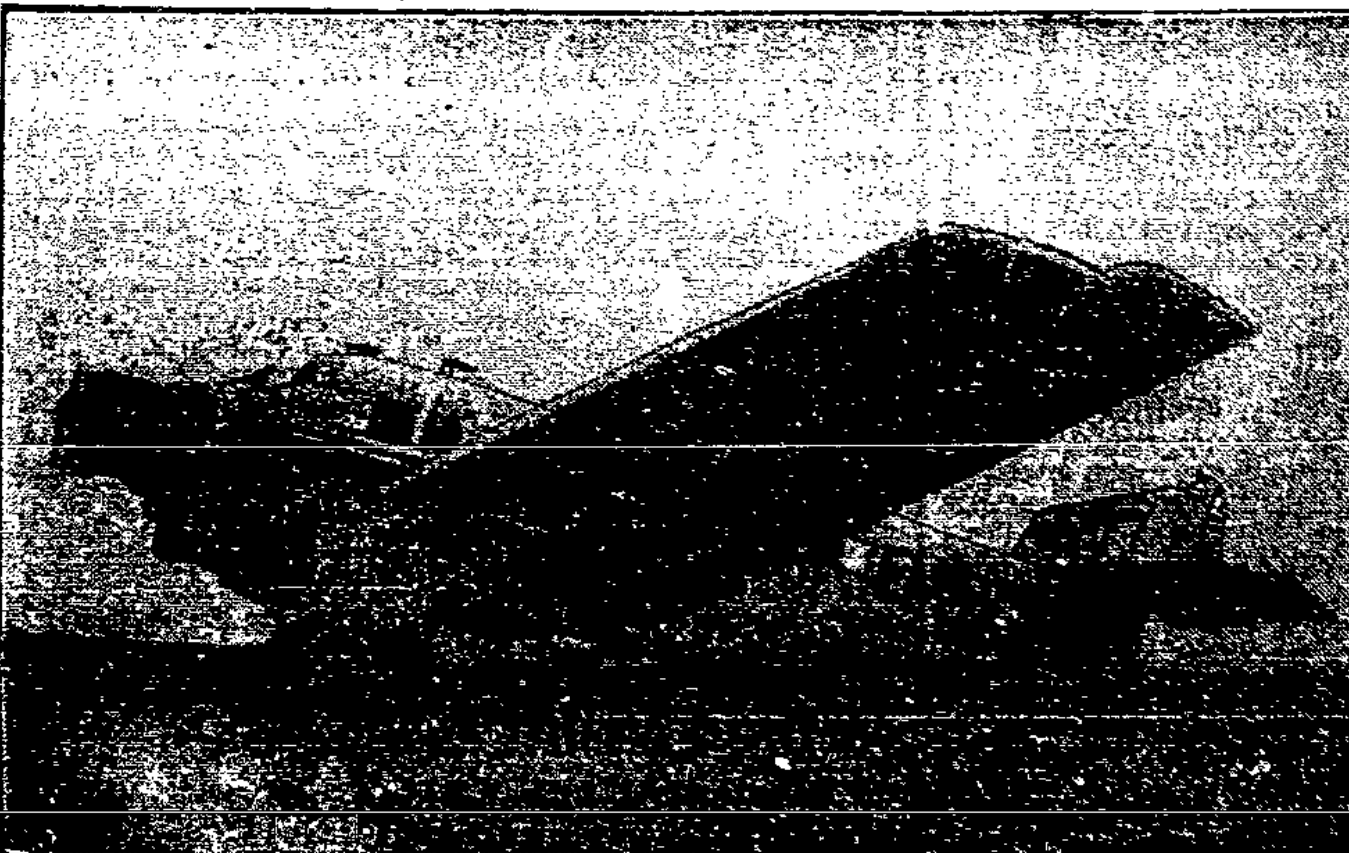
Wie ein Berliner Abendblatt aus Hankau meldet, brach in einem Spielhaus der Eingeborenstadt eine Feuersbrunst aus, die sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete und 2000 Häuser und Buden einscherte. Eine der Hauptverkehrsadern wurde zerstört. Sieben Leichen wurden bereits geborgen. Man befürchtet, daß zahlreiche andere Personen auf der Flucht aus dem Feuermeer in den Teichen ertrunken sind. 7000 Personen sind obdachlos.

Ein Fassadenkletterer gefaßt

In einem Hotel im Berliner Westen wurde ein holländischer Bankier gegen Mitternacht durch ein Geräusch aus dem Schlafe aufgeschreckt. In einer Ecke des Zimmers bemerkte er das Licht einer Taschenlampe. Ein Eindringler war von der Straße aus an dem am Hause befindlichen Baugerüst bis zur zweiten Etage emporgelockert und durch das geöffnete Fenster in das Zimmer eingedrungen; er hatte bereits die Schmuckfächer, darunter eine kostbare Perlenkette, an sich genommen. Als sich der Bankier auf den Eindringling stürzen wollte, schloß dieser durch das Fenster auf das Geräusch und verschwand in der Dunkelheit. Das Hotel wurde sofort umstellt. Erst nach langer Zeit fanden die Beamten des alarmierten Ueberfallkommandos den Eindringler in einem unbewohnten Nebenzimmer, wo er sich hinter einer Gardine versteckt hatte. Er entpuppte sich als ein Arbeiter Karl Ewert, der vor einigen Tagen in dem fraglichen Hotel mit Bauarbeiten beschäftigt worden war. Er will im Kauf an dem Geräusch emporgelockert sein. Der Verhaftete ist bereits mehrmals vorbestraft.

Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt

Während des planmäßigen Fluges Paris—Berlin am 25. September wurde das dreimotorige Großflugzeug „Deutschland“ durch Motorschaden zu einer Notlandung in der Gegend von Arnberg (Westfalen) gezwungen. Sofort nach der Landung geriet die Maschine in Brand und wurde restlos vernichtet. Fluggäste und Besatzung konnten sich mit knapper Not retten.



Das Genfer Arbeitsprogramm

Zur Verwaltungsratsstagung in Warschau

Am 5. Oktober beginnt in Warschau die 42. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitersamtes. Die wichtigste Aufgabe der Tagung besteht in der Regelung der Tagesordnung der Seclute-Arbeitskonferenz für 1929 — ihre Tagesordnung wird eventuell erweitert — sowie in der Festlegung der Tagesordnung für die Arbeitskonferenz des Jahres 1930. Weiter wird sich der Verwaltungsrat mit den Maßnahmen zu befassen haben, die durch die von der 11. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entschlüsse notwendig geworden sind. Ebenso hat der Verwaltungsrat die Beschlüsse des Weltbundes zu prüfen, soweit sie die internationale Arbeiterorganisation betreffen. Wie üblich, wird der Verwaltungsrat auch in Warschau eine Reihe von Berichten entgegennehmen, vor allem den Bericht des Direktors über die Tätigkeit des Amtes im letzten Vierteljahr und je einen Bericht des Haushaltsausschusses und des Bergbauausschusses. Schließlich hat der Verwaltungsrat dann noch auf der Warschauer Tagung das Mandat der Mitglieder des Ausschusses für den Artikel 408 (Durchführung ratifizierter Übereinkommen) zu erneuern.

Die Internationale Arbeitskonferenz wird im Jahre 1929 zwei Tagungen abhalten. Die eine davon ist ausschließlich Schiffsarbeitsfragen gewidmet, während sich die allgemeine Tagung mit der Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen und mit der Arbeitszeit der Angestellten beschäftigt wird. Die Tagesordnung der der Arbeitszeit an Bord der Schiffe, Schutz der Seelute bei Schiffsarbeitskonferenz umfasst in ihrer jetzigen Form: Regelung Krankheit (ausschließlich der Behandlung Seemänner an Bord) und Verbesserung der Aufenthaltsbedingungen der Seelute in den Häfen.

Wie notwendig eine baldige internationale Klärung der Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen ist, zeigen die schweren Kämpfe, die dieser Tage bei der Billiton-Zinn-Gesellschaft auf dem Gelände Klappa Kampit anweit Billiton (Indonesien) ausgebrochen sind. Das Verbrechen der chinesischen Kulis der Zinngesellschaft bestand darin, daß sie der Direktion eine Anzahl Forderungen unterbreitet haben, denen die Direktion angeblich nicht zustimmen konnte. Es kam zum Streik und zum Eingreifen der Polizei und schließlich zu schweren Zusammenstößen, bei denen acht Polizisten verletzt wurden. Der Führer der Polizei ließ auf die Kulis feuern. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei wurden schwer und fünf leicht verwundet. Die Streikenden flüchteten, lebten aber nun erst recht die Wiederzunahme der Arbeit unter den alten Bedingungen ab. Die Streikleiter wurden verhaftet.

Bei den Kulis handelt es sich um noch unorganisiertes Proletariat, das auf die ungerechte Behandlung hin impallos und mit gewalttätiger Abwehr antwortete. Es ist nur allzu bemerksenswert, wenn sich die Kulis bemühen, ihr hartes Los durch Verhandlungen mit der Direktion zu verbessern. Die Leitung der Billiton Zinngesellschaft, die eine Monopolstellung auf dem Weltzinnmarkt einnimmt, spielte bei dem Konflikt den Schwarzmaier. Leider konnte sie sich bei ihrem Vorgehen auf das ungläubig rückständige indische Recht stützen, das kein Verzeihen und Versöhnungsrecht und ebenso kein Streikrecht kennt.

Die Arbeitslosigkeit vom 1.—15. September

Geringe Steigerung bei den Hauptunterstützungsempfängern und in der Krisenperiode

Zu der Zeit vom 1. bis 15. September hat sich die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nur unwesentlich verändert. Sie lag nun rund 574 500 auf 576 500,

das ist um rund 2000 oder 0,4 vom Hundert. In den vorhergehenden vierzehn Tagen ist die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 6000 oder 1,5 vom Hundert gestiegen ist. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger ist im Gegensatz hierzu um rund 4000 oder 2,5 vom Hundert zurückgegangen. In der Krisenunterstützung ist in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in geringem Umfange gestiegen (von rund 80 200 auf 82 300, das ist um rund 2100 oder um 2,7 vom Hundert). Die Steigerung betrug hier bei den Männern 2,9 vom Hundert, bei den Frauen 1,3 vom Hundert.

Das gute Herbstwetter hat den saisonmäßigen Beschäftigungsrückgang erfreulicherweise etwas aufgehalten. Im Berggewerbe und in der Landwirtschaft sind noch zahlreiche Hände in Beschäftigung. Infolgedessen bieten die Ziffern für den Augenblick ein Bild, das keine beunruhigende Entwicklung aufzeigt. Für Mitte Oktober ist allerdings mit einem kräftigen Ansteigen der Arbeitslosenziffern zu rechnen. Das Beunruhigende der Gesamtlage liegt vor allem darin, daß wir in diesem Jahre im Gegensatz zum Vorjahre rund 200 000 Arbeitslose mehr haben, und daß die Welle der Arbeitslosigkeit bereits Ende Juli, also verhältnismäßig früh, eingestakt hat.

Endlich

Das Hausgehilfengesetz kommt

Eine der wichtigsten sozialpolitischen Arbeiten des neuen Reichstages wird die Verabschiedung eines Hausgehilfengesetzes sein. Der Entwurf für dieses Gesetz ist bereits in der Arbeiterpresse kritisch besprochen worden. Besondere Beachtung verdienen die „Mutterchutz“-Bestimmungen, die in

einen Schwangeren- und in einen Wöchnerinnenschutz zerfallen. Was bringt uns diesem Gebiet der Entwurf? Die Schwangere kann die Arbeitsleistung verweigern, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweist, daß sie voraussichtlich binnen vier Wochen niederkommt. Die Wöchnerin darf während der ersten zwei Wochen nicht beschäftigt werden, während weiterer vier Wochen ganz oder teilweise schwere körperliche Arbeit verweigern. Anspruch auf Entgelt besteht für die Zeit, in der keine Arbeit geleistet wird, nicht. Die Schwangerschaft gibt keinen Grund zur freikosten Entlassung oder zur Kündigung, sofern das Arbeitsverhältnis länger als drei Monate besteht.

Es gibt eine ganze Reihe von Haushaltungen, in denen die Fortführung des Arbeitsverhältnisses für schwangere Hausangehörige schon in den letzten zwei Monaten nicht mehr angängig ist. Wo bleibt nun in solchen Fällen die Hausangestellte, die keine Heimat hat? Wo bleibt sie als Wöchnerin, da der Wöchnerinnenschutz ein Arbeitsverbot für zwei Wochen nach der Niederkunft vorsieht. Wo bleibt das Kind? Soll es einfach „ausgetan“ werden? Die Reichswochenhilfe kann die Mutter aber wenig anfangen, wenn ihr die „Weibe“ fehlt. Der Arbeitgeber wird eine solche nur selten stellen können, und genau betrachtet, wäre eine vom Arbeitgeber gestellte Unterkunft garnicht einmal gut, denn das Kind käme sicherlich zu kurz dabei.

Die verantwortlichen Stellen kommen nicht um die Schaffung von Heimen herum, die den schwangeren Müttern bis zur Entbindung Unterkunft, den Wöchnerinnen Zeit und Gelegenheit geben, ihrem Kinde, wenigstens ein paar Wochen lang, Mutter zu sein. Wird diese Forderung nicht erfüllt, dann bleibt der Mutterschutz des Hausgehilfengesetzes zum größten Teil auf dem Papier stehen.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich

Eingreifen des Arbeitsministers

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Arbeitsminister hat sich gegenüber dem sozialistischen Gewerkschaftsbund am Mittwoch verpflichtet, den Streik in der Textilindustrie in Nordfrankreich möglichst durch die Einleitung von Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien beizulegen. Am Donnerstag soll im französischen Arbeitsministerium bereits eine Sitzung zur Schlichtung der Streitigkeiten stattfinden.

Die Regierung hat nach den letzten Zwischenfällen im Streitgebiet alle Versammlungen und Umzüge untersagt.

Die Erbschaft Dr. Kochs

Wie Arbeiter brotlos gemacht werden

Mit wenig Verstand wird die Welt regiert. Bei uns in Deutschland findet dies alte und ewig neue Wort seit dem Zusammenbruch eine ganz besonders nette Illustration durch die jämmerliche Arbeitseinteilung, die sich allmählich in der Führung der Regierungsgeschäfte eingebürgert hat. Die einen lieben den Karren in den Dreier, und die anderen sollen ihn wieder herausziehen. Nachdem sich der Bürgerblut, der mit der Parole: „Nach uns die Sintflut“ die Gelder verpulverte, verflüchtigt hat, müssen die Sozialdemokraten sehen, wie sie mit der traurigen Erbschaft fertig werden. Ein ganz besonders übles Stück dieser traurigen Erbschaft hat der frühere deutsche nationale Reichsverkehrsminister Dr. Koch auf dem Gemälde. Er hat in seinem Ministerium so weise vorgeurteilt, daß jetzt bei den Wasserfragen laufende von Arbeitern von Arbeitslosigkeit bedroht werden.

Bei dem Oberstrombau steht vor nicht weniger als 200 Wasserbauarbeiten das Gepeck der Arbeitslosigkeit. In Frankfurt (Oder) ist z. B. 500, in Glogau 500, in Steinau 200, in Croßen 600 Arbeitern gekündigt worden, in Ostpreußen sollen auf dem Königsberger Strömen die Wasserarbeiten eingestellt werden — Inzuzug, an den verschiedensten Punkten, an denen in der letzten Zeit größere Wasserbauarbeiten vorgenommen worden sind, stehen Hunderte von Arbeitern vor Beschäftigungs-

losigkeit. Und warum das alles? Die Begründung der Wasserbauarbeiten ist furchtbar einfach: es sind keine Mittel mehr da für die Weiterführung der Arbeiten. Jeder Mensch mit fünf gebundenen Sinnen fragt sich unwillkürlich: Was soll denn das? Wasserbauarbeiten sind doch kein bloßer Sport; sie können doch nicht beliebig abgebrochen werden; denn halbfertige Arbeiten werden vom Hochwasser und vom Eisgang während des Winters und des Frühjahres wieder vernichtet. Was ist das für eine Verschwendungswirtschaft, die zunächst einmal drauflos baut und dann, wenn das Geld ausgegangen ist, einfach aufhört. Zum Bau von Wasserbauarbeiten ist doch das Geld der Steuerzahler nicht da.

Ein kluger Mann baut nicht einfach drauf los, er baut auch vor. Die Pflicht des früheren Reichsverkehrsministers Dr. Koch, der für diese Dinge verantwortlich gemacht werden muß, war, dafür zu sorgen, daß im Etat des Reichsverkehrsministeriums genügend Mittel zur Durchführung der Wasserbauarbeiten bereit gestellt wurden. Entweder hat sich Dr. Koch von seinen Behörden nicht richtig informieren lassen, oder er hat sich nicht nachdrücklich genug für die Mittelbeschaffung eingesetzt. Der Hauptbetriebsrat hat rechtzeitig auf die drohende Gefahr des Zusammenbruchs der Wasserbauarbeiten hingewiesen. Der Erfolg dieser Warnung bestand jedoch lediglich darin, daß die Arbeiten auf der Weser im Bremer Bezirk die angebrochenen Kündigungen zurückgenommen worden sind. Aber was soll in den übrigen Bezirken werden?

Notwendig sind für die Weiterführung der Arbeiten mindestens sechs bis sieben Millionen; denn das Reichsverkehrsministerium kann natürlich jetzt nicht seine letzten Reserven hergeben, die es für Hochwasserfahrten und dergleichen zurücklegen muß. Daß der Reichsfinanzminister nur ungerne daran will, neue Mittel bereit zu stellen, wird ihm niemand der die prekäre Lage kennt, verdenken. Aber was soll werden? Sollen die Arbeiter tatsächlich brotlos gemacht werden? Die meisten der in Frage kommenden Arbeiter sind, da die Arbeiten verhältnismäßig spät aufgenommen wurden, noch nicht einmal 26 Wochen in Beschäftigung.

Zum Kampf in der Striegauer Bürstenindustrie

Die Bürstenfabrik in Striegau hat der Belegschaft durch Aushang bekanntgegeben, daß vom 1. Oktober ab nur noch wöchentlich 24 Stunden gearbeitet wird. Zur Begründung für diese Arbeitszeitverkürzung hat man Mangel an Aufträgen angegeben. Die Belegschaft ist hierin aber anderer Meinung, weil sie weiß, daß Aufträge in genügender Menge vorliegen, so daß zweifellos eine längere Arbeitszeit nötig wäre. In eingeweihten Kreisen ist man überzeugt davon, daß es sich bei der Abschneide der Bürstenfabrik um innere Machtkämpfe der Arbeiter und der U.G. für Bürstenindustrie interessierten Kreise handelt, um man ist empört darüber, daß man diesen Machtkampf wieder auf dem Rücken der Arbeiterschaft austragen will.

Unternehmermoral

In immerwährenden Beschwerden an die behördlichen Stellen behaupten die Zunungen, daß ihre wirtschaftliche Lage erschwerter werde, durch sogenannte Schwarzarbeit. Sie verlangen, daß durch Gesetzgebung Regelung erfolgt. Sie unterlassen, in eigenen Lager selbst nachzusehen, wie sich da die schädlichen Elemente bewegen.

Ein trauriger Fall zwingt diesen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Zu den von Bielschowski ausgegebenen Geschäftsräumen Ohlauer Straße, werden im Parterre und im ersten Stock Räume der Firma Subanite eingerichtet. Die Regale sind der Firma Kapiertalle, Zwingerstraße 4, übergeben. Diese Firma hat seit Werkstättenräume, um ordnungsgemäß die notwendigen Tischle zu bearbeiten fertigstellen zu lassen. Sie beschäftigt am Tage ein Tischler in den Geschäftsräumen der Firma Subanite. Nach Feierabend aber hat sie Tischler beschäftigt, die wie festgestellt wurde, bei in einem großen Werke der Metallindustrie beschäftigt sind und zwei aus einer kleineren Werkstatt. Also sie nimmt fremde Arbeit für die Nachkommen, die am Tage schon acht Stunden ordnungsgemäß gearbeitet haben.

Damit erledigt sich folgendes: 1. Beiträge zur Sozialversicherung. 2. Beiträge der Tischler zur Steuer. 3. Beiträge an die Krankenkasse. 4. Beiträge für die Unfallversicherung. 5. Die Zulage. 6. Beiträge für die Tischler bei Nacharbeit. Daß diese Firma gegenüber den ordnungsgemäß geführten Geschäften sich im Vorteil befindet, liegt auf der Hand. Hier müssen sich alle diejenigen behörden sehen, die über die Art des Handels so außerordentlich klug sind.

Allen geschäftlichen Kollegen rufen wir aber zu, schaffte die unwürdigen Zustände aus der Welt.

Vom Wesen der Wirtschaftsdemokratie

Das Wesen aller Demokratie ist, die in einer Sache wirkenden menschlichen Kräfte ungehindert zur vollen Entfaltung kommen zu lassen und sämtliche wirkenden Kräfte der Menschen an der Mitwirkung und der Fortentwicklung derselben Sache in gleichberechtigter Mitentscheidung zu beteiligen. Die Begriffe über Wesen und Sinn aller Demokratie sind zum großen Teil auch innerhalb der Gewerkschaften noch sehr problematisch. Dieses drückt sich bei Demokratie an Arbeitsangelegenheiten und Majoritätsprinzipien. Das ist eine Auffassung, die nur an der Peripherie des Problems haftet und in das eigentliche Problem gar nicht eindringt. Majorität im Sinnverhältnis wird nur dort demokratisch, wo wirklich sozial gleichberechtigte Kräfte mit gleichen Zielen und Interessen miteinander ringen. Innerhalb der Gewerkschaften ist in dem einzelnen Gewerkschaftsverband oder des Gewerkschaftsbundes nicht Majorität mit Demokratie wohl identisch, kann aber beim Kampf um Geltung innerhalb der Wirtschaft, wo heute sich sozial ungleiche Gruppen (Kapital und Arbeit) gegen einander und um gleiche soziale Ziele ringen, ist das Majoritätsprinzip identisch mit Bevormundung der sozial noch nicht lebenden Gesellschaft und dem Schaffen neuer Ungleichheiten. Das Wesen sozialer Demokratie geht über Ungleichheiten ausgleichend, und nicht durch Majoritäten neue Ungleichheiten schaffen. Gibt es in der Politik, wo der demokratische Gedanke viel weiter angelegten ist als in der Wirtschaft, bei der ungleichen sozialen Lage und den ungleichen sozialen Interessen der verschiedenen Wirtschaftsklassen die Demokratie nach Majoritätsprinzip nur eine Bevormundung sozialer Demokratie, so ist nicht bei der Wirtschaft. Denn das Wesen der Wirtschaft ist ungleich sozialer, als das bei der Politik.

Es kann daher für die Wirtschaft nicht genügen, eine dem politischen Parlament analoge wirtschaftliche Parlamentarismus zu schaffen. Wesentlich ist damit die Wirtschaftsdemokratie nicht gleichgesetzt. Ein Parlament ist lediglich die letzte Instanz eines bestimmten Systems und kann nur dort wirklich demokratisch wirken, wo der gesamte Aufbau auf demselben Prinzip beruht. Ein Wirtschaftsparlament (wie der Reichswirtschaftsrat) ist bei den heutigen Verhältnissen der Wirtschaft gegenüber den wirkenden Wirtschaftsklassen (Kapital und Arbeit) ein problematisches Wesen. In den Arbeiterbewegungen hat die wirkenden Kräfte noch zu kämpfen, um eine parlamentarische Organisation zu schaffen. Es hat kein wirtschaftsdemokratisches Parlament, da ein solches Wirtschaftsdemokratie nur durch wirklich sozial gleichberechtigte Kräfte möglich ist. Demokratie in der Wirtschaft ist die Möglichkeit, die bei der Arbeit der verschiedenen Wirtschaftsklassen sich begegnen und durchgesetzt werden kann in demselben Maße wie das Wirtschaftsdemokratie unter den Klassen. Das zweite heißt von einem Wirtschaftsdemokratie nicht Republik und Demokratie, die nach dem Prinzip der Gleichberechtigung der Kräfte werden können. In allen politischen und wirtschaftlichen Organisationen hat die Kräfte nicht im Übermaß, sondern in den Grenzen des Gegenseitigen. Über parlamentarische Demokratie ist nicht die Politik der Arbeit in den verschiedenen Klassen

Zwischenbauern. In den oben bezeichneten Unterbauern ist, mit Ausnahme der Arbeitsverfassung, der demokratische Gedanke erst in den ersten Anfängen der Entwicklung. Viele Hemmnisse sind zu überwinden und wohl eine Reihe Entwicklungsstufen noch zu durchlaufen. Das in der Arbeitsverfassung der demokratische Gedanke am weitesten vorgetrieben ist, liegt an dem jetzt dreißigjährigen Kampf um den kollektiven Arbeitsvertrag. Im Laufe dieses dreißigjährigen Kampfes ist es namentlich zur Selbstbestimmtheit geworden, daß in der Arbeitsverfassung auch die Kategorie Arbeit gleichberechtigt mitbestimmt. Aber damit ist der demokratische Gedanke erst in einem Teilgebiet der Gesamtwirtschaft und nicht einmal dem wichtigsten zur Anerkennung gebracht. In den anderen wichtigen Teilgebieten der Wirtschaft, dem Produktionskampf und der Wirtschaftsführung, können noch keine Erfolge für die Gewerkschaften vorliegen, da auf diesen Gebieten jede Tradition und jede geistige Vorbereitung fehlt. In diesen Teilgebieten auf Gleichberechtigung und Anerkennung in diesen Wirtschaftskategorien sind ja erst längere in bewegter Zeit gestellt, wenn auch die letztgenannte Kategorie Zeit nur die äußerliche, nicht die eigentliche Ursache dieser Aufgabe war.

Die Wirtschaftsdemokratie bekommt ihren besonderen Charakter dadurch, daß hier nicht, wie in der Politik, sich die Kräfte durch ein Parlament ein Repräsentationssystem schaffen, sondern daß der Kampf, namentlich der arbeitende Mensch, überhaupt erst zur Geltung und Anerkennung gebracht werden soll. Denn in der Wirtschaft wird, ihrer kapitalistischen Natur wegen, immer erst in sehr beschränkter Maße vom Arbeiter ausgegangen. Es gibt immer noch die Lohn- und Güterkämpfe, und so reagiert in einer solchen Ordnung nicht der Mensch, sondern die „Wirtschaft“ menschlicher Arbeitskraft. Daher liegt in der Wirtschaftsdemokratie auch nicht, wie in der Politik, der Schwerpunkt in einem oberem Repräsentationssystem aus formal gleichberechtigten Klassen, Schichten und Gruppen, sondern in der Anerkennung des arbeitenden Menschen in den Verhältnissen der Wirtschaft, der Arbeitsverfassung, im Produktionskampf und der Wirtschaftsführung und damit in der Gleichberechtigung der Arbeit gegenüber der Kategorie Kapital. Es ist das Recht der Wirtschaftsdemokratie grundsätzlich anders als in der Politik, daß alle weiteren Erfolge bei abhängig nicht von der Seite eines oberem Repräsentationssystems, sondern von der dem Arbeitenden durch die Arbeitsverfassung, Produktionskampf und Wirtschaftsführung. Auf diesen Gebieten wird auch bei weitem Kampf um Wirtschaftsdemokratie und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeit in einem Maße erreicht, was nicht in einem oberem wirtschaftlichen Repräsentationssystem keine großen wirtschaftlichen wirtschaftsdemokratischen Erfolge. Der Kampf in den eigentlichen Gebieten der Wirtschaft kann damit weiter aufgegeben und durchgeführt werden. Wirtschaftsdemokratie kann er durch ein oberes Parlament unterstützt werden. Gleichwohl aber muß, wenn die Wirtschaftsdemokratie in den Klassen erreicht werden, daß mit einem oberem wirtschaftlichen Repräsentationssystem die volle Wirtschaftsdemokratie durchgeführt werden kann. Das nicht zu erreichende Ziel der Wirtschaftsdemokratie wird durch den demokratischen Gedanke würde großen Schaden erleiden.